

# *Gambia nach der Diktatur*



Schutzgebühr: 2 €

# Inhalt

<b>Grußwort</b> / Dr. Georg Bouché .....	S. 3
<b>Einleitung</b> / Julian Staiger.....	S. 4
<b>Zur Geschichte Gambias</b> / Hassoum Ceesay.....	S. 5
<b>Bürgerliche und politische Rechte</b> / Madi Jobarteh.....	S. 10
<b>Die Wahrheits-, Versöhnungs- und Wiedergutmachungskommission</b> / Sait Matty Jaw .....	S. 15
<b>Das Migrationsdilemma</b> / Mustapha K. Darboe .....	S. 19
<b>Probleme des gambischen Gesundheitssystems</b> / Dr. Momodou A. I. Tekanyi .....	S. 22
<b>Religion: Über fünf Generationen friedliche Koexistenz</b> / Talibeh Hydara .....	S. 24
<b>Gambia im Übergang</b> / Kebba Jeffang.....	S. 28
<b>Gambische Frauen auf der Suche nach einer Stimme und nach der Freiheit</b> .....	S. 31
<b>Gefangen in Freiheit: LGBTQ in Gambia</b> / Sanna Camara.....	S. 34
<b>Schlusswort</b> / Julian Staiger .....	S. 36

## Impressum

### Herausgeber:

Flüchtlingsrat Baden-Württemberg e.V.  
Hauptstätter Str. 57, D-70178 Stuttgart  
Tel.: 0711/ 55 32 83-4, Fax: 0711/ 55 32 83-5

**Redaktion:** Seán McGinley, Julian Staiger

**Lektorat:** Uli Henning, Phillipp Schweinfurth

**Übersetzungen:** Juliane Gräbener-Müller, Sofia Garcia  
Slamal, Marion Kolb, Diana Siedler, Sarah Dreßler,  
Stephan De Maria, Heike Gerlach, Uli Henning, Annemie  
Schäfer.

**Auflage:** 1.500, **Erscheinungsdatum:** 1.05.2019

**Druck:** Litho- und Druck GmbH Schwarz auf Weiss, Freiburg

**Fotos:** Julian Staiger

[www.fluechtlingsrat-bw.de](http://www.fluechtlingsrat-bw.de)



*Diese Broschüre entstand im Rahmen des Projekts „Aktiv für Flüchtlinge“ des Flüchtlingsrats Baden-Württemberg, gefördert durch das Land Baden-Württemberg, Ministerium für Inneres, Digitalisierung und Migration.*

*Zusätzliche Förderungen von:*



# Grußwort

von Dr. Georg Bouché

Durch meine Tätigkeit als Honorarkonsul für die Republik Gambia in Westafrika ist es mir eine Ehre, für diese tolle Broschüre ein paar Gedanken als Vorwort formulieren zu dürfen. Ich will mich hiermit auch herzlich bei den Verfasser\*innen, vor allem Julian Staiger vom Flüchtlingsrat Baden-Württemberg bedanken, mit dem ich seit Beginn meiner Tätigkeit als Vertreter der Republik Gambia im September 2016 zusammenarbeite.

Gambia ist ein sehr kleines Land und fast komplett vom Nachbarland Senegal umschlossen, wobei im Westen ca. 45 km an den Atlantik grenzen. Im Dezember 2016 wurde der langjährige Präsident, der das kleine Land in Westafrika als Diktatur führte, abgewählt, um den Weg für einen neuen Präsidenten freizumachen. Es dauerte noch viele Wochen, bis der Tyrann tatsächlich seinen Platz räumte.

Während den 22 Jahren der Diktatur gab es viele Gründe das Land in Westafrika zu verlassen. Neben fehlenden Arbeitsplätzen, einer sehr schwachen Infrastruktur in einer Region, die zwar touristisch erschlossen ist und in der eine Monokultur im Erdnussanbau zum Teil Arbeitskräfte benötigt, litten Gambier\*innen unter politischer Verfolgung, fehlender Meinungs- und Pressefreiheit und einem Hass des Diktators gegen Homosexualität, die er sogar mit dem Tod bestrafen wollte.

Daher nahmen viele Gambier und eher weniger Gambierinnen den sehr harten Weg zu Land und Wasser bis nach Deutschland auf sich, der häufig tödlich endete. Verteilt wurden die Westafrikaner vor allem nach Baden-Württemberg, wo sie kaum Perspektiven vorfanden.

Zum Glück wurde die Diktatur friedlich abgewählt, wobei noch viele Menschen in Gambia für den ehemaligen Diktator schwärmen, was sie mir immer wieder mitteilen, wenn ich vor Ort bin. Ein sehr positives Erlebnis bei meinen Besuchen vor Ort in Gambia ist nun, dass sich die Menschen offener und kritischer – auch dem neuen Regime gegenüber äußern – was vorher unmöglich gewesen ist.

Leider dauert die Transformation von einer Diktatur bis zu einer Demokratie sehr lange, so dass dieser Prozess noch lange nicht abgeschlossen ist. Dennoch gilt nun Gambia – aus deutscher Perspektive - unter dem neuen Präsidenten Adama Barrow als sicher genug, dass die Menschen aus dem kleinen west-afrikanischen Land wieder dorthin zurückgeführt werden. Der Begriff Rückführung ist dabei ein Synonym für Abschiebung.

Mit diesem Vorwort möchte ich mich aber vor allem für die Tätigkeit und das Engagement des Flüchtlingsrates Baden-Württemberg und den vielen regionalen Vereinigungen bedanken, die sich Tag für Tag für Gambier\*innen in Deutschland einsetzen.

Ebenfalls möchte ich mich bei allen weiteren freiwilligen Helfern bedanken, nicht nur in Baden-Württemberg, wo sich besonders viele Menschen aus Gambia befinden,

sondern auch im Rest der Bundesrepublik, die sich für Menschen einsetzen, denen jegliche Perspektiven fehlen.

Ebenfalls ist es erfreulich zu erwähnen, wie viele Unternehmer\*innen in Deutschland sich für genau diese Menschen einsetzen, die aus Gambia kommen und nur unter erschwerten Verhältnissen eingestellt werden konnten. In zahlreichen Gesprächen mit Unternehmer\*innen beschreiben diese, wie viele positive Erfahrungen sie mit den jungen Menschen aus Gambia machen durften. Regelmäßig stehe ich im Austausch mit Unternehmensvertreter\*innen und bekomme so einen guten Überblick über die aktuelle Situation. Gerade bei den Pflegeberufen und auch in der produzierenden Industrie sind Menschen, die aus Gambia kommen, sehr willkommen.

Im Vergleich ist es interessant zu wissen, dass die jungen Afrikaner\*innen in Gambia, wenn sie einen Job haben, häufig gerade 30 Euro pro Monat verdienen, was nicht ausreicht, um eine Familie zu versorgen.

Es stellt sich die Frage, inwieweit Deutschland dieses Potential nutzen kann, um sowohl dem Fachkräftemangel als auch dem demographischen Wandel entgegenzutreten. Viele Ausbildungsplätze bleiben unbesetzt, die mit jungen Gambier\*innen im wahrsten Sinne des Wortes mit Leben erfüllt werden könnten.

*Dr. Georg Bouché ist Honorarkonsul der Republik Gambia in Stuttgart*

*info@honorary-consulate.de*

# Einleitung

von Julian Staiger

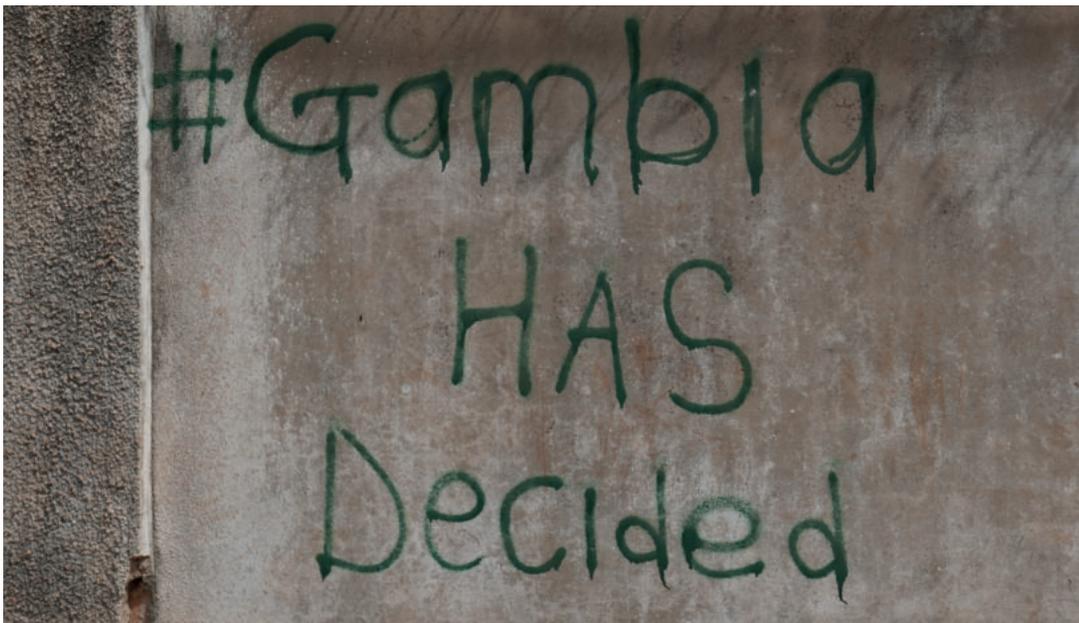
Diese Broschüre informiert über die aktuelle Situation in Gambia. Die Autor\*innen werden anhand spezifischer Themen die politische und gesellschaftliche Situation beschreiben und analysieren. Um eine möglichst aktuelle Analyse und hohe Qualität zu garantieren, sind alle Artikel von gambischen (und nicht von ausländischen) Expert\*innen geschrieben. Wir erheben dabei keinen Anspruch auf Vollständigkeit, sondern haben das Interesse, einzelne Gesichtspunkte ausführlicher zu beleuchten.

Für die deutschen Leser\*innen wollen wir hier noch einige Grundinformationen zu Gambia geben, die bei der Einordnung einiger Artikel hilfreich sind: In Gambia haben familiäre Strukturen eine sehr wichtige Bedeutung und ein Leben „außerhalb“ der Familie ist kaum möglich. Außerdem ist die Größe des Staates Gambia zu beachten. Gambia hat knapp zwei Millionen Einwohner\*innen. Damit besteht die Möglichkeit, innerhalb des Staates unentdeckt umzuziehen, faktisch nicht. Ende 2016 schaffte die gambische Bevölkerung ein „demokratisches Wunder“ und wählte gegen alle Widrigkeiten den despotischen Herrscher Yahya Jammeh ab. Er ist verantwortlich für eine Vielzahl an Menschenrechtsverletzungen. Jammeh erkannte nach starkem militärischen Druck (durch die westafrikanische Union) seine Wahlniederlage an und lebt heute im Exil in Äquatorialguinea. Die Amtszeit Jammehs und der Wechsel sind nicht Schwerpunkt dieser Broschüre, werden aber in vielen Kapiteln auftauchen, da sie die aktuelle Situation entscheidend mitbestimmen. Bei Interesse an diesem Thema verweisen wir auf den ausführlichen Bericht „How to topple a dictator: the rebel plot that freed the Gambia“ des Guardian.

In Deutschland wird Gambia primär unter dem Gesichtspunkt „Flucht und Migration“ behandelt. Es sei an dieser Stelle darauf hingewiesen, dass Migration innerhalb Gambias und in die Nachbarländer eine Normalität darstellen. Die

Westafrikanische Wirtschafts- und Währungsunion (ECOWAS) ist traditionell ein Staatenverbund offener Grenzen. Die Rolle der europäischen Länder steht nicht im Zentrum dieser Broschüre. Ihre Politik und Sichtweise müssen aber bei der Analyse der Situation in Gambia beachtet werden. Die Bundeszentrale für politische Bildung hat unter dem Titel „(Post)kolonialismus und Globalgeschichte“ eine Einführung zu diesen Themen veröffentlicht. Tiefergehend und speziell für den deutschen Kontext interessant ist unter anderem das Buch „Postkoloniale Perspektiven von People of Color auf Rassismus, Kulturpolitik und Widerstand in Deutschland“, das von Kien Nghi Ha, Nicola Lauré al-Samarai und Sheila Mysorekar herausgegeben wird. Verwiesen sei außerdem auf den TED-Talk „The danger of a single story“ von Chimamanda Ngozi Adichie. Eine aktuelle Analyse der europäischen Politik (auch) auf dem afrikanischen Kontinent liefern Christian Jakob und Simone Schindwein in ihrem Buch „Diktatoren als Türsteher Europas“.

Wir danken allen, die an der Erstellung dieser Broschüre beteiligt waren. Neben den Autor\*innen sei hier besonders den Menschen gedankt, die uns ehrenamtlich unterstützt haben: Nyima Jadama für Beratung und Unterstützung bei der Kontaktaufnahme mit Autor\*innen und Diana Siedler, Heike Gerlach, Annemie Schäfer, Marlene Popp, Juliane Gräbener-Müller, Sofia Garcia Slamal, Uli Henning, Sarah Dreßler, Stephan De Maria sowie Marion Kolb für die Übersetzung der Texte. Die Broschüre wäre ohne die finanzielle Unterstützung vom Zentrum für Entwicklungsbezogene Bildung der Evangelischen Landeskirche Württemberg, von der Evangelischen Kirche in Baden und der Hauptabteilung Weltkirche der Diözese Rottenburg-Stuttgart nicht möglich gewesen. Auch dafür einen großen Dank.



**Der Hashtag „Gambia has decided“ wurde zum Motto derer, die Diktator Jammeh dazu aufforderten seine Wahlniederlage anzuerkennen.**

# Zur Geschichte Gambias

Von Hassoum Ceesay

Aus dem Englischen übersetzt von Heike Gerlach

## Vorwort

Gambia existiert als unabhängiger Staat seit dem Jahr 1965, in dem der Kolonialismus Großbritanniens abgeschüttelt werden konnte. Im Jahr 1970 wurde Gambia zur Republik innerhalb des britischen Commonwealth. Es folgten 22 Jahre der Demokratie und die Herausbildung unterschiedlicher Parteien. Ein Militärputsch beendete im Jahr 1994 diese Ära. Im Dezember 2016 wählten die Gambier\*innen die zu diesem Zeitpunkt bereits wiederum 22 Jahre herrschende Regierung Yahya Jammehs ab und setzten damit einem der grausamsten Regimes in ganz Afrika ein Ende. Zum Zeitpunkt der Veröffentlichung dieses Überblicks wird Gambia von einer Koalition regiert, die seit ihrem Amtsantritt versprochen hat, Gambier\*innen wieder ihre grundlegenden Menschenrechte zu garantieren, vor allem das Recht auf freie Meinungsäußerung sowie die Versammlungsfreiheit.

Das Land Gambia hat also in der kurzen Zeit von 53 Jahren einiges durchgemacht: die Beendigung kolonialer Unterdrückung durch Großbritannien, drei Jahrzehnte politischer Freiheit bei allerdings schlechter wirtschaftlicher Lage, Vetternwirtschaft und Korruption von 1965 bis 1994, zwei Jahrzehnte Diktatur von 1994 bis 2016 und aktuell eine neue Ära der Offenheit.

Um diese so unterschiedlichen Episoden verstehen zu können, müssen wir in der Geschichte des Landes zurückblicken, und zwar bis in die Zeit der westafrikanischen Königreiche Ghana, Mali und Kaabu, die sich einst auf der Fläche des heutigen Gambia befanden.

## Vorkoloniale Staaten

Das alte westafrikanische Reich Mali breitete sich im 13. Jahrhundert aus und erstreckte sich über den Großteil der Fläche der heutigen westafrikanischen Staaten vom Atlantischen Ozean bis zur Grenze des Sudan. Das Reich Mali war bekannt für seinen Goldreichtum und für die Pilgerreise eines seiner berühmtesten Könige, Mansa Kankan Musa Keita, nach Mekka. Zwischen 1323 und 1325 pilgerte Mansa Musa mit einer riesigen Karawane von Kamelen und Pferden durch die Sahara. Auf seinem Weg durch Kairo verschenkte er so viel Gold, dass daraufhin der Preis des wertvollen Metalls fiel und für viele Jahre niedrig blieb. Auf seiner Rückreise kam Mansa Musa durch Andalusien, von wo er Architekt\*innen mitbrachte, die in Timbuktu Moscheen, Paläste und Büchereien für ihn bauten.

Als das Malireich in der Mitte des 15. Jahrhunderts zerfiel, zogen viele Mitglieder der herrschenden Schicht, der Mandé, nach Osten ins heutige Gambia und in den heutigen Senegal. Dort versuchten sie, ihren vergangenen Ruhm wieder aufleben zu lassen, indem sie Stadtstaaten wie Niumi, Wuli, Kaabu, Tumana und Wuropana gründeten.

Diese Staaten waren durch Handel gut mit europäischen Ländern wie Großbritannien, den deutsch-baltischen Staaten (Kurland) und Frankreich vernetzt. Afrikanische Herrschende wie Mansa Demba Sonko aus Niumi unterzeichneten mit ihnen Handelsverträge, erhoben Steuern und kauften Waffen von ihnen. Dafür verkaufte Mansa Demba Sonko Sklav\*innen, Gummiharz, Holz und Elfenbein an die europäischen Handeltreibende. Die Kurländer besetzten im Jahr 1664 die Insel James Island, die heute Kunta Kinteh Island heißt und zum UNESCO-Weltkulturerbe gehört. Damals war sie das Zentrum des Sklavenhandels im Fluss Gambia. Diese Besetzung stellt die erste Verbindung zwischen Gambia und einem deutschen Staat dar.

Zu Beginn des 19. Jahrhunderts bestand das Land also aus einer ganzen Reihe von Stammesfürstentümern, die jeweils von einer allgemein anerkannten Herrscherfamilie oder einem Kriegsherren regiert wurden. Auf dem Gebiet jedes einzelnen Fürstentums lebten im Allgemeinen Menschen aus verschiedenen ethnischen Gruppen, z.B. Wolof, Fulbe und Mandinka. In der Nähe des Flusses hatten sich viele Migrant\*innen unterschiedlicher ethnischer Herkunft als Handeltreibende oder auch als religiöse Lehrmeister\*innen niedergelassen (z.B. aus den ethnischen Gruppen Jaxanke und Serahuli). Aber im 19. Jahrhundert wurde diese Ordnung gestört durch eine Reihe von Religionskriegen, in denen muslimische Krieger\*innen das Gebiet der traditionellen Herrschenden, die im Allgemeinen keine Muslim\*innen waren, erobern wollten, und versuchten, die Herrschenden zu bekehren. Diese Kriege, die von muslimischen Reformern\*innen wie Foday Kabba geführt wurden, zerstörten die alte Herrscherelite fast im ganzen Land. Die wenigen Stammesfürstentümer, die den Angriff der Muslim\*innen überstanden, wurden dann mit dem Beginn der britischen Herrschaft in den 1890er Jahren zerstört.

Vor der Ausrufung des britischen Protektorats im Jahr 1894 umfasste das Gebiet des heutigen Gambias unabhängige Staaten und Königreiche wie Pakala, Baddibu und Jimara, die von Königen und, in einigen Fällen wie Niumi, von Königinnen regiert wurden. Die britische Kolonialherrschaft war begrenzt auf Bathurst (heute Banjul, Anm. d. Übs.), Kombo St. Mary (entspricht ungefähr dem heutigen Großraum Serrekunda, Anm. d. Übs.), die so genannte „Ceded Mile“ bei Essau (die „abgetretene Meile“, ein Uferstreifen, den die Herrschenden aus Niumi gegen eine jährliche Zahlung an die Briten abgetreten hatten, Anm. d. Übs.) und Georgetown auf MacCarthy Island. Die Briten mussten an die gambischen König\*innen Abgaben zahlen, um für ihre Firmen und Handelsunternehmen die Handelsrechte zu sichern. Die vorkolonialen König\*innen sind als tyrannische Herrschende zu bezeichnen.

## Sklaverei

In Gambia begann 1456 der Sklavenhandel durch die Europäer, als einige Sklaven an Portugiesen übergeben wurden. Dem folgten 400 Jahre des Sklavenhandels. Die Europäer, anfangs mit der Suche nach Gold beschäftigt, erkannten schnell, dass mit Sklavenhandel ein großes Vermögen zu machen war und installierten dafür das unmenschliche und rassistische System der Sklaverei. Immer wieder arbeiteten lokale Könige mit den Europäern zusammen, die jedoch nicht immer diplomatisch vorgingen, wenn es darum ging, Menschen zu versklaven. Mit drei Schiffen segelten Spanier 1475 den Fluss Gambia hinauf und entführten einen lokalen König und 100 seiner Untertanen. Auf Befehl des Königs von Spanien, Ferdinand V., wurde der König später freigelassen und kehrte in seine Heimat zurück. Seine Untertanen wurden weiterverkauft.

Nach Schätzungen von Slaverydatabase.com wurden zwischen 150.000 und 200.000 Menschen von James Island, einer Sklavenburg in Gambia, aus verkauft. Heute ist das Fort vor dem Dorf Juffure ein UNESCO-Weltkulturerbe. Im Jahr 1807, nach der Abschaffung der Sklaverei durch das britische Parlament, wurde Gambia wieder zu einem Ort um das Verbot des teuflischen Handels durchzusetzen. Fort Bullen und Six Gun Battery wurden auf St. Mary's Island errichtet, um die Mündung des Flusses durch die Britische Königliche Marine zu kontrollieren. Einst eine Bastion des unmenschlichen Handels, wurde Gambia nun zu einem Ort der Durchsetzung des „Abolition Act“ von 1807.

## Die britische Kolonialherrschaft

Zur Auflösung der traditionellen Organisation Gambias trug auch die Aufteilung des Landes am Ufer des Flusses zwischen den Franzosen und Briten bei. In einem frühen Vertrag wurde den Briten das Recht garantiert, auf dem Fluss Handel zu treiben; wer Eigentümer\*in des Landes am Ufer sein sollte, war nicht festgelegt. Als die Franzosen weiter nach Süden zogen und ihren Einfluss auf den Fluss selbst ausweiten wollten, musste eine Einigung er-

zielt werden. Den Politikern waren keine natürlichen Grenzen bekannt, und es wurde den Briten ein Territorium gewährt, das sich auf beiden Seiten des Flusses 10 km vom Ufer ins Landesinnere erstrecken sollte, wobei das Gebiet im Westen größer sein sollte. Dementsprechend wurden mit Lineal und Kompass Linien gezogen und Landvermessende ausgesandt, um die Grenzen zu markieren. Sie taten dies, indem sie verschiedene Bäume markierten und an bestimmten Stellen Grenzpfähle anbrachten. Die Grenzen unterteilten oft die traditionellen „Königreiche“ und stellten einen Teil eines Königreichs unter britischen, den anderen unter französischen Einfluss. Herrscherfamilien auf der britischen Seite der Grenze wurden von der Regierung und dem Volk als rechtmäßige Herrschende angesehen und jetzt „Chiefs“ genannt. In manchen Fällen zogen es die Herrschenden vor, auf der französischen Seite zu bleiben, und die britische Regierung musste ihren eigenen „Chief“ auf ihrer Seite ernennen.

Nach der Annexion des Protektorats im Jahr 1894 (Britische Kolonie war das Küstengebiet um Banjul; das Hinterland an den Ufern des Flusses Gambia, das sich die Briten im Jahr 1894 aneigneten, war Protektorat. Anm. d. Übs.) wurden diese Königreiche in kleinere administrative Einheiten aufgeteilt, die man „Districts“ nannte und denen „Chiefs“ vorstanden. Die Chiefs waren das wichtigste Rädchen im Getriebe der kolonialen Protektoratsverwaltung. Sie waren traditionelle und politische Anführer\*innen. Sie wandten die lokalen Gesetze an, trieben Steuern ein und sorgten für Sicherheit innerhalb ihres Einflussbereiches. Sowohl die „Districts“ als auch die „Chiefs“ waren Erfindungen der Kolonialherren.

Die Briten übten ihre Herrschaft durch die Chiefs aus, was aus deren Sicht sinnvoll war, weil sie ihre Einnahmen aus der Kolonie nicht für einen großen Verwaltungsapparat ausgeben wollten. Die Chiefs wurden so bald zu willigen Werkzeugen der Kolonialherren: Wie erwähnt trieben sie Steuern ein, entschieden Streitfälle gemäß dem Gewohnheitsrecht und hatten die strikte Anweisung, für Recht und Ordnung zu sorgen. So wurden sie zu kleinlichen Tyrann\*innen, die ihre Muskeln spielen ließen, um dem britischen Gouverneur in Bathurst zu gefallen.



**Sklaven mussten früher oft in großer Zahl in kleinen Hütten (links) auf engstem Raum gefangen leben und wurden manchmal an Ringen wie die, die auf dem rechten Bild ein Touristenführer zeigt, festgekettet.**

In Wahrheit sahen die Briten die Kolonie Gambia als etwas altmodisch und harmlos an. Bei seinem Besuch im Jahr 1925 erklärte der Prince of Wales, Gambia sei „unser älteste und loyalste Kolonie“. Als der Dolmetscher diese Erklärung übersetzte, reagierten die versammelten Chiefs mit Standing Ovations. Aus diesem Grund blieb Gambia eine noch brutalere Herrschaft, unter der andere britische Kolonien wie Kenia litten, erspart.

Trotzdem war Gambia die ärmste aller britischen Kolonien. Bis ins Jahr 1927 bauten die Briten nicht eine einzige Schule. Was als Bildung galt, wurde von den katholischen oder anglikanischen Missionsstationen geleistet. Dort gab es eine\*n einzige\*n Lehrer\*in, die/der eine einzige Klasse unterrichtete, und man konnte sieben Jahre Grundbildung erwerben. Wenn man weiter lernen wollte, musste man das Geld auftreiben, um die Schulgebühren einer Schule in Ghana oder Sierra Leona zu bezahlen. Im Jahr 1943 waren die Lebensbedingungen in der Kolonie so schlecht, dass US-Präsident Franklin D. Roosevelt auf seinem Weg zum Gipfel der Alliierten in Casablanca durch Bathurst den britischen Premierminister Sir Winston Churchill aufforderte: „Passen Sie auf sich auf... dieses Höllenloch ist eine elendige Stadt voll Seuchen.“ Während der Kolonialzeit lag die Lebenserwartung bei 32 Jahren. Hunderte fielen der Malaria, Cholera und Tuberkulose jedes Jahr ab den 1920ern zum Opfer, da es kaum Gesundheitsversorgung gab.

Als im Jahr 1965 die Unabhängigkeit erlangt wurde, konnten weniger als 10 Prozent der Bevölkerung lesen und schreiben! Diese niedrige Alphabetisierungsrate erklärt, warum Gambia das letzte Land im britisch besetzten Westafrika war, das die Unabhängigkeit erreichte.

## Unabhängigkeit

Gambias Weg zur eigenständigen Nation war recht unspektakulär. Es gab keine Mau-Mau-Rebellion und keinen Maji-Maji-Aufstand, wie sie die Briten und die Deutschen in Ostafrika erlebten. Die Briten folgten einfach den Stimmen der kleinen gebildeten Elite, zu der etwa der kämpferische Edward Francis Small (1891-1958) gehörte, der seine Zeitungskommentare dazu nutzte, städtische Angestellte und Marktfrauen gegen die Kolonialherrschaft einzuschwören. Neben den Aufwiegelungen Smalls wirkte auch die hohe Beteiligung der Gambier im zweiten Weltkrieg als Beschleuniger im Kampf um die Unabhängigkeit.

Zu Beginn des Vichy-Regimes in Frankreich im Jahr 1940 war Dakar in Französisch-Senegal von Sympathisant\*innen der Nazis besetzt. Die Briten hatten Angst, dass das Vichy-freundliche Regime in Dakar, das nur 200 km von Gambias kolonialer Hauptstadt Bathurst entfernt lag, jederzeit angreifen könnte. Deshalb wurden mithilfe der Chiefs 2000 Gambier eingezogen, die auf Seiten der Alliierten kämpfen sollten. In der Mitte des Jahres 1943 kämpften hunderte Gambier in Burma gegen die Japaner und viele weitere waren zu Hause stationiert, um die kleine britische Kolonie vor einem Angriff der Vichy-Franzosen zu schützen.

Ein Jahrzehnt früher, im Jahr 1934, war die zweite Verbindung von Gambia mit Deutschland entstanden: Die deut-

sche Lufthansa hatte einen Pachtvertrag für den Bau eines Flughafens in Jeshwang erhalten. Zehn Kilometer von der Hauptstadt Bathurst entfernt gab es dort Start- und Landebahnen für den Verkehr der Landflugzeuge zur Verbindung mit dem Wasserflugzeugverkehr über den südlichen Atlantik nach Brasilien. Die Lufthansa wurde schnell zu einer allgemein bekannten Marke in der armen Kolonie, da sie Arbeitsplätze für Dutzende Einheimische schaffte. Die letzte Lufthansa Condor Fw 200, die in Jeshwang landete, war am 29. Juni 1939 in Berlin gestartet und auf dem Weg nach Natal in Südafrika.

Im Jahr 1951 wurde die erste nationalistische Partei, die Gambische Demokratische Partei (Gambia Democratic Party, GDP), vom anglikanischen Priester Reverend John Colley Faye (1908-1986) gegründet. Im Jahr 1955 gab es fünf politische Parteien in der Kolonie, die alle die Unabhängigkeit forderten. Die erste allgemeine Wahl, bei der mehrere Parteien zugelassen waren und alle Erwachsenen wählen durften, fand 1960 statt und die Fortschrittliche Volkspartei (Peoples' Progressive Party, PPP) erhielt die meisten Sitze im Parlament.

Die Briten, die die Macht der neuen politischen Elite immer noch verhindern wollten, gaben ihren Handlanger\*innen, den Chiefs, acht Sitze im neuen Parlament, das insgesamt 30 Mitglieder hatte. Die Chiefs wollten sich ihre Privilegien erhalten und waren nicht sehr erpicht darauf, die Briten aus dem Land zu haben.

Nach einer Reihe von Gesprächen über die Verfassung in London in den Jahren 1961 und 1964 legten die Briten ein Datum fest, an dem Gambia die vollständige Unabhängigkeit erhalten sollte. Die ungeklärte Frage, wie die Beziehungen zum benachbarten Senegal aussehen sollten, war der einzige Hemmschuh auf dem Weg zur Unabhängigkeit. Als man Senegals Präsident Leopold Senghor versicherte, dass diejenigen, die Gambia in die Unabhängigkeit führen sollten, keine Kommunisten waren, hatte er keine Einwände gegen das Inkrafttreten der Unabhängigkeit am 18. Februar 1965.

## Nach der Unabhängigkeit

Als das Land unabhängig wurde, gab es weniger als zehn Hochschulabsolvent\*innen, weshalb die britischen Beamten\*innen und Facharbeiter\*innen für ein weiteres Jahrzehnt auf ihren Posten blieben, während die neue Regierung sich bemühte, qualifizierte Gambier\*innen zu finden, welche die Stellen der Briten übernehmen konnten. Diese schrittweise Ablösung hat vielleicht dazu beigetragen, dass das Land nicht gleich nach der Erlangung der Unabhängigkeit zusammenbrach. Ein weiterer kluger Schritt von Sir Dawda Jawara, Staatsoberhaupt zur Zeit der Unabhängigkeit, war es, das Einparteiensystem, das damals in Afrika in Mode war, abzulehnen. Er organisierte ab 1965 regelmäßige Wahlen, zu denen viele Parteien zugelassen waren. Gambia war das einzige Land in Westafrika, das solche Wahlen mit mehreren Parteien, freier Presseberichterstattung und ohne politische Gefangene durchführte.

Da er die Menschenrechte und die Rechtsstaatlichkeit achtete, war Jawara im Westen beliebt und er erhielt Hil-

fen, die das Land dringend brauchte, da es außer Erdnüssen keine Exportgüter gab. Die Briten bauten Schulen; die Franzosen modernisierten das Telefonnetz. Die Westdeutschen waren gegenüber der Regierung, die aus der Fortschrittlichen Volkspartei PPP bestand, sehr großzügig: Sie versorgten hunderte von Dörfern mit Trinkwasser, starteten das Stadtentwicklungsprogramm in der abgelegenen Upper River Region und halfen bei der Ausbildung von Expert\*innen für Forstwirtschaft. Im Jahr 1979 wählte die Organisation für Afrikanische Einheit (Organisation of African Unity, OAU) die Hauptstadt Gambias, die 1973 in Banjul umbenannt worden war, einstimmig zu Afrikas Hauptstadt der Menschenrechte. Im Jahr 1980 wählten Hörer\*innen des Radiosenders BBC African Service Gambia zu einem der friedlichsten Länder der Welt. Die wenigen Autor\*innen im Land konnten halbjährlich eine literarische Zeitschrift mit dem Titel „Ndaanan“ herausgeben, das bedeutet auf Wolof „Champion“. Musikgruppen wie die Super Eagles und Ifanbondi unterhielten die Tourist\*innen, die zu hunderten aus Deutschland und Skandinavien kamen. Im Land war es so ruhig, dass es immer noch keine Armee gab.

Aber während Jawaras Regierung Lob für die gute Regierungsführung einheimste, scheiterte sie auf dem Gebiet der Wirtschaft und wurde stark für Korruption kritisiert. Die Ölkrise von 1973 und die Dürren in der Sahelzone in der Mitte der 1970er Jahre zerstörten die bisherigen Wirtschaftsstrukturen, was zu einer massiven Landflucht der Jugend aus den Dörfern führte, die in der Stadt nach Arbeit suchten, welche es dort nicht gab. Viele junge Leute wanderten auch nach Deutschland, Schweden und Libyen aus, arbeiteten dort und trugen so zum europäischen Wirtschaftswachstum bei. Da das heutige Visaregime noch nicht bestand, war dies relativ einfach möglich. Es war die erste Welle der Migration. Die Dutzenden, die nach Libyen gingen, wurden von Colonel Gadaffis revolutionärem Eifer mitgerissen und fanden sich in militärischen Einrichtungen wieder, wo sie auch ideologisch beeinflusst wurden. Im Jahr 1981 kehrten einige nach Hause zurück, um dort einen Putschversuch gegen die Regierung Jawaras zu unternehmen. Der Putsch wurde mithilfe der senegalesischen Armee und dem britischen SAS (Special Air Service, eine Spezialeinheit der Britischen Armee, Anm. d. Übs.) vereitelt.

Jawaras Antwort war die Aufstellung einer Armee und die Annäherung an Senegal durch die „Konföderation Senegambia“, die allerdings von Anfang an unter einem schlechten Stern stand. Als Senegal die Konföderation wieder verließ, weil sie zu viel kostete, blieb Jawara eine Armee, mit der er nichts anzufangen wusste, weil es zu wenige erfahrene Offiziere gab, um die 300 Mann starke Armee zu leiten. Er holte nigerianische Colonels ins Land, welche die Armee anführen sollten. Diese müssen wohl ihren Untergebenen den Eindruck vermittelt haben, dass Soldaten die Macht ergreifen sollten.

## **Der Beginn des Terrors: 22. Juli 1994**

Am 22. Juli 1994 ergriff ein Trupp aus fünf Leutnanten die Macht und beendete damit die 32 Jahre währende Regierungszeit Jawaras. Weder feierten die Gambier\*innen

den Putsch noch verurteilten sie ihn laut. Sie hatten in Liberia, Nigeria und Sierra Leone bereits das Unglück von Krieg und Korruption gesehen, das Militärputsche dort gebracht hatten. Sie beteten, dass die neue Militärjunta eine Ausnahme sein möge. Sie sollten aber enttäuscht werden.

Im November 1994 fand bereits das erste Massaker an Offizieren statt, die verdächtigt wurden, Gegner der neuen Junta zu sein. Im Juni des folgenden Jahres wurde Finanzminister Koro Ceesay von Soldaten, die dem Befehl der Junta unterstanden, getötet. Sie hatten sich geärgert, weil der junge Minister sich weigerte, ihnen von China geliehene Gelder zu übergeben. Bald wurden Journalist\*innen eingesperrt oder verschwanden. Zeitungsredaktionen – manche von ihnen veröffentlichten seit 1965 – wurden geschlossen. Kabinettsmitglieder wurden täglich ausgetauscht. Der Mann hinter dieser Welle des Terrors war der Anführer des Putsches, Yahya Jammeh, der am 22. Juli 1994 Staatschef geworden war.

Im Jahr 1996 ließ er auf Druck von westlichen Geldgeber\*innen hin Wahlen durchführen. Er manipulierte die Wahlen, um an der Macht zu bleiben. Er tauschte seine Uniform gegen zivile Kleidung, fügte seinem Namen verschiedene Titel hinzu und wurde zum unangefochtenen Despoten Banjuls. Wegen seiner Schlägertruppe, den „Jungullers“, riskierte jede\*r vermeintliche Gegner\*in den Tod oder eine langjährige Haft. Im Jahr 2007 verbot er den Jugendlichen, im Sommer an Fußballturnieren teilzunehmen. Stattdessen sollten sie in ihrer Freizeit in einem seiner 200 landwirtschaftlichen Betriebe arbeiten. Er unterstützte weibliche Genitalverstümmelung und die staatlichen Medien, die er unter seiner Kontrolle hatte, durften nichts senden, was gegen die Beschneidung von Mädchen sprach.

Er arbeitete hart daran, Gambia zu isolieren, um einer genaueren Untersuchung seiner Verstöße gegen die Menschenrechte zu entgehen. 2012 trat Gambia auf sein Bestreben hin aus dem Commonwealth aus. 2013 brach er die diplomatischen Beziehungen zu Taiwan ab; Taiwan war über lange Zeit einer der wenigen finanziellen Unterstützer der Regierung Jammehs, die stets knapp bei Kasse war. Da er jetzt ohne Finanzmittel dastand, griff er darauf zurück, die Zentralbank zu plündern und jeder/jedem, vor allem der Jugend, die Schuld für die Probleme des Landes zu geben. Er hofierte den Iran und die Golfstaaten in der Hoffnung auf Geldmittel, indem er 2015 eigenständig Gambia zur „Islamischen Republik“ erklärte, und hatte vor, „sündige“ Jugendliche zu bestrafen.

Daraufhin verließen hunderte Jugendliche das Land durch die Sahara und über das Mittelmeer, um nach Europa zu kommen. Sie sahen für sich keine Zukunft in ihrem Land. Es war schon schlimm genug, in Armut zu leben, aber als zur Armut auch noch Unterdrückung dazu kam, wurde es einfach unerträglich. Als Jammeh seine Gefängnisse mit Beamt\*innen und Technokrat\*innen füllte, verloren ganze Großfamilien ihre Hauptverdienenden und immer mehr Menschen versuchten, der Herrschaft des Despoten durch die Flucht zu entkommen.

Deshalb sollten Gambier\*innen, die jetzt in Flüchtlingscamps in verschiedenen europäischen Ländern wie

Deutschland gestrandet sind, genau wie die Eritreer\*innen als Menschen gesehen werden, die vor der schlimmsten Unterdrückung, die Afrika je gesehen hat, fliehen mussten.

Sogar die gebildete Elite floh vor Jammeh, von der wenig gebildeten Jugend aus den Dörfern gar nicht zu sprechen. Als seine schlechte Regierung an Fahrt aufnahm, wurde das Land – dem die Hilfe aus dem Ausland nun verwehrt blieb – immer ärmer, die Jugend wurde immer hoffnungsloser und brach in Scharen in Richtung Europa auf.

### Schlussfolgerung: die Suche nach Lösungen

Im Januar 2017 floh Jammeh, der sich weigerte, seine Wahlniederlage bei der Wahl im Vorjahr anzuerkennen, unter militärischem Druck der ECOWAS. Die neue Regierung unter Präsident Adama Barrow hat einen neuen Kurs eingeschlagen, um Schritt für Schritt den verlorenen Ruhm des Landes wieder herzustellen. Die Isolation des Landes unter Jammeh hat mit der Rückkehr in den Commonwealth ihr Ende gefunden und in jüngster Zeit waren unter den hochrangigen Gästen Banjuls der deutsche Bundespräsident, der britische Außenminister und der belgische Vizepremierminister.

Die aktuelle Regierung steht vor einer Vielzahl an Herausforderungen. Viele Jugendliche müssen ausgebildet werden, damit sie ihren Lebensunterhalt zu Hause verdienen können. Die Zivilgesellschaft muss gestärkt werden, damit die Menschenrechte von der aktuellen und von zukünftigen Regierungen geachtet werden. Tyrannei soll nie wieder in Gambia Wurzeln schlagen können.

*Hassoum Ceesay ist Historiker, Autor und Museumskurator. Derzeit arbeitet er im „Gambia National Museum“.*

### Literatur

Aldo Albert Benini: 'Community Development in a Multi-ethnic Society', Verlag Breitenbach, Saarbrücken, 1980.

Alhaji Bakary Sidibe: 'A Brief History of Kaabu and Fulladu(1300-1930)', Harmattan, 2004.

Arnold Hughes: 'The Attempted Coup d'état of 30 July 1981' in 'The Gambia: Politics and Society', Birmingham, Birmingham University Press, 1991.

Berkeley Rice: 'Enter The Gambia: the birth of an Improbable State', Houghton Mifflin, 1967.

David Perfect: 'Historical Dictionary of The Gambia', Rowan and Littlefield, 2016.

John F Hamlin: 'Wings Over The Gambia: a history of aviation in The Gambia from 1927-1950', 2008.

John Gray: 'History of The Gambia', Frank Cass, 1940.

Jeggan Sengho: 'The Politics of Senegambian Intergration', Peter Lang, 2008.

Hassoum Ceesay: 'Chief and Protectorate Administration in Colonial Gambia, 1894-1965' in: Baba G Jallow(Hrsg.): 'Leadership in Colonial Africa', Palgrave Macmillan.

Hassoum Ceesay: 'Chiefs and the Management of Urbanization in Colonial Bathurst, Gambia1939-1960' in: 'Mandate Studies', Vol. 18 2016, S. 80-81, Indiana University Press, 2016.

Raya Dunayeskaya: 'In The Gambia During Elections' Africa Today, Vol.9, No.6 July 1962.

S.A Bakarr: 'The Gambia Mourning Her Image', The Government Printer, Banjul, 1981.

Sekene Mody Cissokho: 'Histoire de l'afrique occidentale', Presence Africaine, 1966.



*Der Sitz des Gambischen Parlaments (National Assembly) in der Hauptstadt Banjul.*

# **Bürgerliche und politische Rechte**

*Von Madi Jobarteh*

*Aus dem Englischen übersetzt von Annemie Schäfer*

## **Einleitung**

Das Kennzeichen der 22-jährigen Diktatur unter dem ehemaligen Herrscher Yahya Jammeh war der unverhohlene Missbrauch der Menschenrechte und die Missachtung der Rechtsstaatlichkeit.<sup>1</sup> So war eine Kultur der Strafllosigkeit geschaffen worden, in der staatliche Akteur\*innen, vor allem Sicherheitspersonal, Bürger\*innen willkürlich verhaften, in Gewahrsam nehmen, foltern oder verschwinden lassen und töten konnten, ohne bestraft zu werden.<sup>2</sup> Es entstand ein Klima der Angst, in dem die Frage sich dem Regime zu beugen oder es herauszufordern, für viele Bürger\*innen eine Frage von Leben und Tod war. Gleichwohl wählten die Gambier\*innen die Diktatur am ersten Dezember 2016 schließlich ab. Allerdings erkannte Jammeh das Wahlergebnis zunächst nicht an und führte das Land kurzfristig in eine politische Sackgasse.<sup>3</sup> 60 Tage dauerte der Stillstand des Landes, der zur diplomatischen Intervention der internationalen Gemeinschaft führte und unter Androhung eines militärischen Einsatzes Jammeh dazu zwang, sich dem Willen des Volkes zu beugen. Der Stillstand veranlasste die Wirtschaftsgemeinschaft der westafrikanischen Staaten (ECOWAS), den designierten Präsidenten Adama Barrow aus Sicherheitsgründen zunächst außer Landes zu bringen und am 19. Januar 2017 in Dakar, Senegal, vereidigen zu lassen.<sup>4</sup> Einige Tage später, am 23. Januar, verließ Yahya Jammeh schließlich Gambia, um Asyl in Äquatorialguinea zu beantragen.<sup>5</sup>

## **Hintergrund**

Während der 22 Jahre dauernden Missregierung sah Gambia erstmals am 10. und 11. April 2000 einen Massenaufrüstung.<sup>6</sup> Eine Delegation von Studierenden versuchte dem damaligen Vizepräsidenten Isatou Njie Saïdy eine Petition zu überreichen. Darin forderten sie Gerechtigkeit für die Vergewaltigung einer Schülerin durch paramilitärisches Personal bei einer Sportveranstaltung im Independence Stadion in Bakau (10 Kilometer von Banjul entfernt) und für die Tötung des Schülers Ebrima Barry durch einen Feuerwehrmann in der Stadt Brikma (ca. 40 Kilometer von Banjul). Als die Studierenden sich versammelten, um zum Büro des Vizepräsidenten fortzuschreiten, traf sie die volle Macht des stark bewaffneten paramilitärischen Aufgebots in Kanifing. Bei der direkten Auseinandersetzung wurden 16 Schüler\*innen sowie ein Freiwilliger des Roten Kreuzes und ein drei Monate altes Baby getötet und zahlreiche weitere Menschen verletzt.

Der Vorfall in Kanifing führte zu landesweiten Protesten, die extrem brutal von Polizei und Militär niedergeschlagen wurden. In einigen Städten wie beispielsweise Essau, Barra, Farafeni, Brikama und Janianbureh, wurden zahlreiche Schulkinder erschossen und verletzt. Hunderte weitere wurden inhaftiert und wochenlang gefoltert. 18 Jahre später sind Dutzende Überlebende an den Rollstuhl gefesselt oder benötigen Krücken und leiden an unterschiedlichsten Schmerzen und Beeinträchtigungen.

Den zweiten friedlichen Protest veranstaltete die gambische Bevölkerung 16 Jahre später, am 14. April 2016. Solo Sandeng, ein Jugendleiter der größten Oppositionspartei UDP, demonstrierte mit dutzenden Aktivist\*innen in der Innenstadt von Kanifing, der größten Stadt Gambias, für Wahlreformen.<sup>7</sup> Paramilitärische Kräfte sperrten das gesamte Gebiet ab und nahmen alle Demonstrierenden sofort fest. Innerhalb von 24 Stunden wurde bekannt, dass Solo zu Tode gefoltert und schnell in einem obskuren Grab in dem Küstendorf Tanji begraben worden war.<sup>8</sup> Seine Mitstreiter\*innen waren schwerer Folter, darunter sexueller Gewalt, ausgesetzt. Der Protest vom 14. April bewegte die Spitze von Solos Partei am darauffolgenden Tag zu einem Marsch zur nächsten Polizeiwache, um die Herausgabe seines Körpers zu fordern. Doch noch bevor sie die Wache erreichten, traf auch sie ein heftiger Gegenschlag der Polizei. Der Parteiführer Ousainou Darboe und dutzende Vorstandsmitglieder und Unterstützer\*innen wurden im Zentralgefängnis wochenlang ohne Anklage festgehalten.<sup>9</sup> Heute, drei Jahre nach den Protesten, sind ungefähr fünf weitere von Solos Mitstreiter\*innen an den Folgen der Folter verstorben und viele weitere leiden unter starken Schmerzen und sind krank.

Durch die Massenverhaftung von Parteiführung, Unterstützer\*innen und Bürger\*innen wurden Forderungen laut, die Opposition möge sich für die Präsidentschaftswahl im Dezember 2016 vereinigen. Nach vielen gescheiterten früheren Koalitionsversuchen war klar, dass Gambia die Diktatur nur mit einer Oppositionskoalition beenden könne. Diese Erkenntnis beruhte darauf, dass das Regime in umfassenden Wahlbetrug verstrickt war und unter an-

dem die Wahlkommission zu seinen Gunsten beeinflusste. Jahrelang hatten Gambier\*innen vergeblich versucht, das Regime abzusetzen. Auch Waffengewalt wurde eingesetzt, so dass das Land in den vergangenen zwei Jahrzehnten einige Putschversuche und bewaffnete Aufstände erlebte.<sup>10</sup> Bewaffnete Angriffe auf das Regime ereigneten sich 1996 in Farafeni,<sup>11</sup> 1997 in Kartong<sup>12</sup> und 2014 in Banjul.<sup>13</sup> Angreifer, darunter ehemalige Soldaten, die im Ausland lebten, und Gambier, die in der US-Armee dienten und von dienenden gambischen Soldaten unterstützt wurden, drangen in das Regierungsgebäude in Banjul ein, als Präsident Jammeh außer Landes war. Der Angriff wurde aber brutal abgewehrt. Mehrere Angreifer wurden hingerichtet,<sup>14</sup> während viele weitere festgenommen, gefoltert und dann vor das Kriegsgericht gestellt und zu mehreren Jahren Haft verurteilt wurden.

Die Diktatur unterdrückte nicht nur gewaltsam bürgerliche und politische Rechte, sondern untergrub auch die sozialen und wirtschaftlichen Rechte der Gambier\*innen. Die unverhohlene Konfiszierung von privatem und öffentlichem Land, Eigentum und Unternehmen durch Präsident Jammeh war weitverbreitet und allgegenwärtig.<sup>15</sup> Außerdem behauptete der Präsident, Heilmittel gegen HIV/AIDS,<sup>16</sup> Unfruchtbarkeit, Diabetes und viele weitere Krankheiten und Zustände erfunden zu haben. Dutzende Bürger\*innen wurden dafür seinem Behandlungsprogramm unterzogen, das zu vielen Toten und einer hohen Morbidität führte. Korruption<sup>17</sup> und Klientelpolitik waren so weitreichend, dass in der Praxis kein Unterschied mehr bestand zwischen Besitz des Präsidenten und des Staats. Bei vielen Gelegenheiten hatte Jammeh behauptet, unter anderem die Universität von Gambia, die Kameras des Staatsfernse-

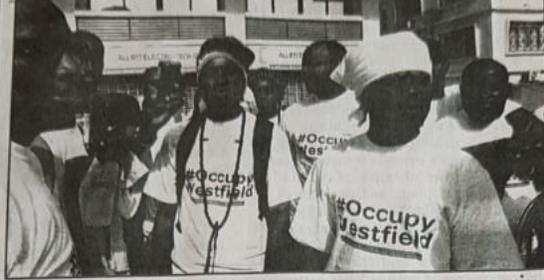


**Sitzung der afrikanischen Menschenrechtskonferenz in Gambia im November 2017. Die Afrikanische Menschenrechtscharta wird auch „Banjul-Charta“ genannt.**

## Building The New Gambia Protest is What Gives Birth to Independence, Democracy and Development



What the history of the world has taught us is that there has never been freedom and progress in any



imaginary body of citizens'. These petitions were followed with various strikes in Banjul until the man had to be exiled eventually to Senegal. It was those protests that forced the colonialists to open up and

protect the right to protest. The right to protest is a means through which many other rights are manifested. When citizens assemble in one place to express themselves in whatever form it means they are protesting. When



By: Madi Jobarteh

today. Democracy is not achieved just in one day once and for all. Democracy is not a straight, smooth quiet path. Democracy is a

**Ein Zeitungsartikel des Autors dieses Beitrages bezieht sich positiv auf die Protestbewegung #occupywestfield.**

hens oder die Fahrzeuge der Minister zu besitzen und davon gesprochen, sein Reichtum würde Generationen überdauern. Durch die Art und Weise wie er staatliche Institutionen und Ressourcen personalisiert hatte, fehlte es öffentlichen Einrichtungen an Unabhängigkeit, Professionalität und Raum für öffentliche Güter und Dienstleistungen. Den Bürger\*innen fehlte es derweil an Raum, um diese zur Verantwortung zu ziehen, wodurch sich die sozio-ökonomischen Bedingungen für die Menschen weiter verschlechterten. Bis 2016 war Gambia eines der am wenigsten entwickelten Länder der Welt,<sup>18</sup> in dem 60% der Bevölkerung in Armut leben und das eines der afrikanischen Ländern mit dem größten Anteil an Emmigrant\*innen war.<sup>19</sup>

### Einführung der Neuen Ordnung

Die Regierung von Präsidenten Adama Barrow folgte einer langjährigen Kultur des Missbrauchs mit zahlreichen Opfern in allen Bevölkerungsschichten. Folglich wurde die neue Ordnung mit immens hohen Erwartungen und großer Hoffnung aufgenommen. Schon vor seinem Amtsantritt hatte Barrow im Wahlkampf angekündigt, innerhalb von sechs Monaten nach Amtsantritt alle Gesetze aufzuheben oder zu reformieren, die gegen grundlegende Rechte und Freiheiten verstoßen, die Demokratie gefährden und die Bürger\*innenbeteiligung beschränken.<sup>20</sup>

Seit Januar 2017 gibt es einen offeneren Raum in Gambia, in dem Bürger\*innen ihre bürgerlichen und politischen Rechte aktiv nutzen.<sup>21</sup> Sie können freier reden und viele bleiben (vor allem in den sozialen Medien) kritisch gegenüber den Entscheidungen und Taten der Regierung.

Während bürgerliche und politische Rechte weiterhin offener und freier genutzt werden können, haben einige Entscheidungen und Handlungen der Regierung menschenrechtliche Bedenken hervorgerufen. Beispielsweise hat Barrow in seiner Amtszeit noch keines der drakonischen Gesetze, die er in seiner Wahlkampagne zu ändern versprochen hatte, abgeschafft oder reformiert. Der sogenannte „Public Order Act“ (POA) wurde seit 2009 als verfassungswidrig

angefochten, weil er Vorschriften enthält, die dem Generalinspektor der Polizei die Macht geben, Demonstrationen zu genehmigen oder zu verweigern. Beobachter\*innen und Menschenrechtsaktivist\*innen verurteilen die POA, da sie der Polizei enorme Macht verleiht und die in der Verfassung festgelegte Richtlinie überschreitet, sich friedlich zu versammeln und zu demonstrieren. Auch wenn der Oberste Gambische Gerichtshof im November 2017 die Meinung vertrat, der POA sei verfassungskonform,<sup>22</sup> bleibt er eines der Gesetze, das Barrow laut seinem Manifest reformieren wollte. Der POA war ein rechtliches Instrument, welches das vorherige Regime regelmäßig anwandte, um hart gegen Bürger\*innen durchzugreifen, die lediglich ihre bürgerlichen Freiheiten, wie politisches Engagement, nutzten. Der (verstorbene) Wahlkampagnenmanager der oppositionellen UDP Femi Peters wurde 2010 wegen dieses Erlasses ein Jahr lang inhaftiert, weil er eine politische Kundgebung in Banjul organisiert hatte ohne die polizeiliche Genehmigung für die Benutzung einer Lautsprecheranlage einzuholen.<sup>23</sup> Auch die weiter oben beschriebenen Inhaftierungen und Morde durch paramilitärische Kräfte wurden mit dem POA gerechtfertigt.

Im Mai 2017 protestierten Bewohner\*innen von Kartong und Gunjur<sup>24</sup> gegen den chinesischen Fischmehl-Produzenten, dem sie vorwarfen, die Umwelt zu verpesten, indem tote Fische auf die Strände und Flüssigabfälle ins Meer gekippt wurden. In Kololi<sup>25</sup> (einem Viertel in dem Stadtteil Kanifing) organisierten junge Leute ebenfalls eine friedliche Demonstration gegen die Bauunternehmer\*innen, die öffentliches Land während der Diktatur umverteilt haben. Seit März 2017 haben auch Bewohner\*innen des Viertels Bakoteh<sup>26</sup> mehrfach vor dem Büro des Bürgermeisters gegen die schon lange bestehende Müllkippe demonstriert, die giftige Gase in die Gemeinden in der Umgebung absondert.<sup>27</sup>

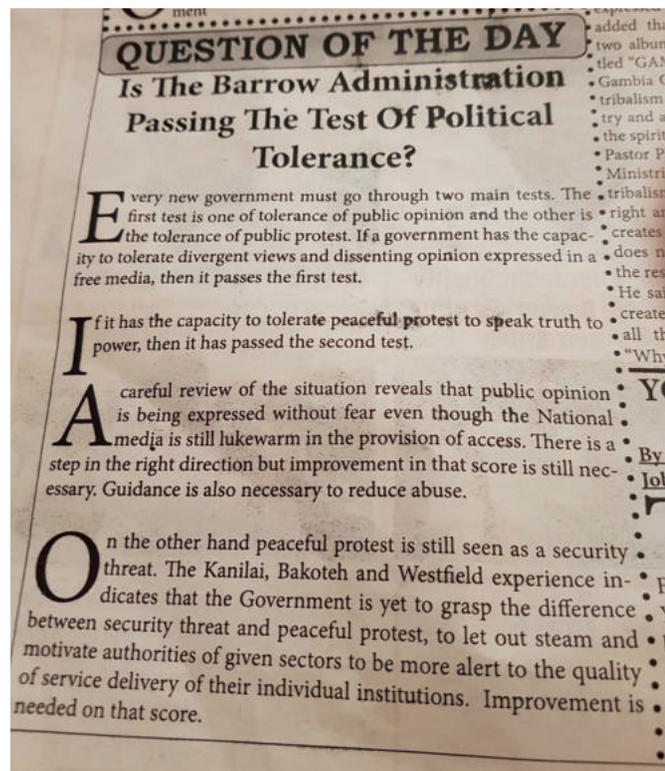
Nach den Aufständen im Mai 2017 von Jugendlichen in Farato<sup>28</sup> (ca. 30km von Banjul) gegen die Zerstörung von Häusern und im Juni 2017 Kanilai<sup>29</sup> (dem Heimatort des ehemaligen Diktators Jammeh) gegen die Anwesenheit

der militärischen Eingreiftruppen des ECOWAS scheint es so, als erlaube die Regierung aktuell keinerlei Form des Protests. Im November 2017 bat eine Jugendbewegung namens #OccupyWestfield (Westfield besetzen) um Genehmigung einer Versammlung, bei der gegen die schlechte Stromversorgung im Land demonstriert werden sollte. Zunächst erteilte die Polizei die Erlaubnis, nur um sie innerhalb von 24 Stunden wieder zu entziehen.<sup>30</sup> Ebenso wurde im Januar 2018 ein Dozent der Politikwissenschaft an der Universität von Gambia, Dr. Ismaila Ceesay, in das Polizeihauptquartier „eingeladen“, um ihn zu Kommentaren, die er in einem Zeitungsinterview gemacht hatte, zu befragen.<sup>31</sup> Es stellte sich heraus, dass Dr. Ceesay über Nacht im Hauptquartier festgehalten und dann wegen „Aufrufs zur Gewalt“ angeklagt wurde. Durch den öffentlichen Druck, vor allem seitens der Studierenden und der Zivilgesellschaft,<sup>32</sup> war die Polizei gezwungen, ihn freizulassen und die Anklage fallenzulassen.

Diese Vorfälle zeigen deutlich, dass der momentane offene und freie Raum für Menschenrechte in Gambia möglicherweise nicht lang anhalten wird. Auch wenn die Regierung andere Gesetze zur Verbreitung und zum Schutz der Menschenrechte erlassen hat, gab es Ungereimtheiten, die Grund zur Sorge bieten. Im Dezember 2017 erließ die Regierung beispielsweise neue Gesetze zur Einsetzung der Kommission für Wahrheit, Versöhnung und Wiedergutmachung, der Kommission zur Verfassungsüberprüfung und der nationalen Menschenrechtskommission.<sup>33</sup> Diese Schritte wurden von Aktivist\*innen zwar begrüßt, jedoch gab es Bedenken, dass die Regierung selektiv gegen frühere Menschenrechtsverstöße vorgegangen ist. Während die Regierung dafür gelobt wurde, Ermittlungen im Fall des ermordeten Solo Sandeng eröffnet und Anklage erhoben zu haben, sind viele darüber besorgt, dass unter anderem im Falle des Massakers an Studierenden vom 10. und 11. April oder dem Mord an Deyda Hydara solche Schritte nicht eingeleitet wurden.

Noch besorgniserregender ist für viele, dass die neue Regierung es nicht geschafft hat, den Entschädigungserlass von 2001 zurückzunehmen, der Beamt\*innen und Sicherheitsbeauftragte wegen ihrer Entscheidungen und Handlungen im Zusammenhang mit dem Massaker an Studierenden automatisch entlastet. Der Untersuchungsausschuss zum 10. und 11. April, der zwischen Mai und August 2000 tätig war, nannte mehrere Beamt\*innen und Sicherheitsbeauftragte namentlich als Verantwortliche für die Erschießung der Studierenden. Anstatt sie wie von der Kommission empfohlen strafrechtlich zu verfolgen oder zu disziplinieren, verharmloste die Regierung ihre Taten weiter, indem sie die Vorfälle als Ausnahmezustand deklarierte. Als die neue Regierung ins Amt kam, war die allgemeine Erwartung, dass der Entschädigungserlass als eines der ersten Gesetze außer Kraft gesetzt werden würde, um die Verfolgung der Täter und Entschädigung der Opfer zu ermöglichen. Dies ist bis heute nicht geschehen.

Neben Ermittlungen zum Massaker vom 10. und 11. April gab es weitere Vorfälle, bei denen erwartet wurde, die neue Regierung würde Ermittlungen einleiten und für Gerechtigkeit sorgen. Zu diesen Vorfällen zählen die Massen-



**Im Vergleich zu den Zeiten des Jammeh-Regimes können gambische Zeitungen die Arbeit der Regierung nun kritischer kommentieren.**

tötung von Soldaten im November 1994 in Folge eines versuchten Staatsstreichs,<sup>34</sup> der Tod durch Verbrennung des ehemaligen Finanzministers Koro Ceesay<sup>35</sup> im Juni 1995, die Erschießung des altgedienten Journalisten Deyda Hydara<sup>36</sup> im Dezember 2004 sowie viele Fälle von Entführungen und standrechtlichen Hinrichtungen wie im August 2012, als neun Insassen im größten Gefängnis des Landes getötet wurden.<sup>37</sup>

Präsident Adama Barrow spricht weiterhin positiv über den Schutz der Menschenrechte. Er hat bei zahlreichen Gelegenheiten seinen Wunsch bekundet, dass seine Regierung die bürgerlichen Freiheiten weiterhin respektiert. An seinem ersten Amtsjubiläum sagte er, dass seine Regierung das Phänomen des „Führens durch Angst“<sup>38</sup> beseitigt hätte, indem sie eine Umgebung geschaffen hätten, in der bürgerliche und politische Rechte ausgeübt werden können.

## Fazit

Die Lage der bürgerlichen und politischen Rechte ist heute sicherlich besser als während der Diktatur. Doch solange die drakonischen Gesetze in Kraft bleiben, die gegen diese Rechte verstoßen und die notwendigen verfassungsrechtlichen und institutionellen Reformen, vor allem in sicherheitspolitische Institutionen, nicht durchgeführt werden, bleibt die Gefahr, dass den Gambier\*innen die Aushöhlung ihrer Menschenrechte widerfährt. Bisher lässt die Regierung nicht die nötige Eile und den nötigen Einsatz für diese Reformen erkennen. Während die politische Führung weiterhin die richtigen politischen Statements abgibt, wurden bisher keine entsprechenden tatsächlichen Schritte unternommen, um die Beschneidung der Rechte nicht nur zu beenden, sondern auch auszuweiten. Problema-

tisch ist neben der Entscheidung des Obersten Gerichtshofs zum POA und der verweigerten Genehmigungen für Demonstrationen die massive Zunahme an Polizeikontrollstellen im Land, die an die Zeit der Diktatur erinnern. Manche Analysen kommen zu dem Schluss, dass politische Opportunität, Mangel an Erfahrung, mangelnde Führungsqualitäten oder eine Kombination aus alledem die neue Regierung einnehmen oder beschäftigen, während ande-

re anmerken, dass vielen Politiker\*innen alle Mittel recht sind, um Macht zu bekommen und zu erhalten. Die Zeit wird es zeigen.

*Madi Jorbateh ist zivilgesellschaftlicher Aktivist, politischer Analyst und arbeitet derzeit als gambischer Ländervertreter für die „Westminster Foundation for Democracy“.*

## Endnoten

<sup>1</sup> Media Foundation for West Africa, 22.07.2016 “The Gambia Under Yahya Jammeh: 22 Years of Repression and Rights Violations”

<sup>2</sup> <https://www.ohchr.org/EN/Issues/Torture/SRTorture/Pages/SR-TortureIndex.aspx>

<sup>3</sup> Al Jazeera (Freedom C.Onuoha, Elias C. Ngwu), 15.02.2017 “The Unfolding Political Impasse in the Gambia”

<sup>4</sup> Al Jazeera, 19.01.2017 “Adama Barrow sworn in as Gambia’s president in Senegal”

<sup>5</sup> The Point (Kaddijatou Jawo), 23.01.2017 “Jammeh goes into exile in Equatorial Guinea”

<sup>6</sup> Kairo News (Musa Saidykhan), 16.04.2014 “Victim Recalls April Student Massacre”

<sup>7</sup> BBC, 16.04.2016 “Gambian activist ‘died in detention’ - Amnesty International”

<sup>8</sup> Kairo News (Musa Saidykhan), 17.04.2016 “Solo Was Buried Like A Dog”

<sup>9</sup> Daily Mail Online, 16.04.2016 “Gambia opposition leader arrested as fresh protest erupts”

<sup>10</sup> News24, 23.03.2006 “Coup plot confirmed in Gambia”

<sup>11</sup> AllAfrica (Sanna Jawara), 31.10.2006 “Gambia: Farafenni Armed Attack Case in Court”

<sup>12</sup> Kibaaro News, 06.10.2012 “Lt. Bah Knew Execution Weeks Before”

<sup>13</sup> The Guardian, 30.12.2014 “Gambian soldiers attempt coup while president is abroad”

<sup>14</sup> Daily Mail Online, 30.12.2014 “Gambia foils coup bid, attackers killed: military”

<sup>15</sup> The Standard (Abdoukarim Sanneh), 03.04.2018 “The trend and pattern of land grabbing in The Gambia”

<sup>16</sup> Independent (Alex Duval Smith), 03.02.2007 “The President who claims he can cure Aids on Mondays”

<sup>17</sup> African Independent (Emma Farge), 21.07.2017 “Following Jammeh’s trail of corruption”

<sup>18</sup> <http://hdr.undp.org/en/countries/profiles/GMB>

<sup>19</sup> Migration Policy Institute (C. Omar Kebbeh), 15.08.2013 “The Gambia: Migration in Africa’s ‘Smiling Coast’”

<sup>20</sup> Freedom Newspaper, 20.09.2018 “Gambia: Election manifesto –

Adama Barrow, Independent candidate”

<sup>21</sup> News24, 20.01.2018 “Gambians enjoy freedom post-Jammeh, but criticise economy”

<sup>22</sup> The Point, 27.11.2017 “Supreme Court rules against Darboe’s claim”

<sup>23</sup> The Point (Dawda Faye), 06.04.2010 “Femi Peters jailed”

<sup>24</sup> AllAfrica (Tida Janneh), 30.05.2017 “Gambia: Residents of Kartong, Gunjur Raise Concern Over Discovery of Toxic Substance in Waters”

<sup>25</sup> AllAfrica (Madiba Singhateh), 29.05.2017 “Gambia: Communities Protest Against Estate Developer”

<sup>26</sup> The Point (Mahamadou Camara), 13.03.2017 “No dumping at Bakoteh Dumpsite, say protesters”

<sup>27</sup> Africa News (Ismail Akwei), 10.07.2017 “Angry residents turn Mayor’s office into rubbish dump in Gambia”

<sup>28</sup> Foroyaa (Yankuba Jallow, Hatab Nyang), 24.05.2017 “Demolition leads to riot in Farato”

<sup>29</sup> Foroyaa (Nelson Manneh), 04.06.2017 “One dead, six injured in Kanilai demo”

<sup>30</sup> The Fatu Network, 02.11.2017 “Occupy Westfield Organizers Denied Permit”

<sup>31</sup> Advox (Demba Kande), 02.02.2018 “Gambian University Instructor Detained for Newspaper Interview, Then Released”

<sup>32</sup> Foroyaa (Muhammed S. Bah), 02.02.2018 “Civil Society On Dr Ismaila Ceesay’s Detention”

<sup>33</sup> The Standard (Mustapha Darboe), 14.12.2017 “TRRC, human rights commission bills passed”

<sup>34</sup> The Standard (Omar Bah), 18.08.2017 “Ex-soldier narrates Nov 11 killings”

<sup>35</sup> The Standard (Baba Sillah), 04.04.2017 “Koro Ceesay’s family asks gov’t to investigate death”

<sup>36</sup> Media foundation for West Africa, 16.12.2016 “12 years On: No Justice for Murdered Gambian Journalist Deyda Hydera”

<sup>37</sup> BBC, 24.08.2012 “Nine executed in Gambia, says Amnesty International”

<sup>38</sup> Kairo News, 18.02.2018 “We Remove Management By Fear”

# Gerechtigkeit schaffen und durch das Aufdecken der Wahrheit heilen

Die Wahrheits-, Versöhnungs- und Wiedergutmachungskommission

von Sait Matty Jaw

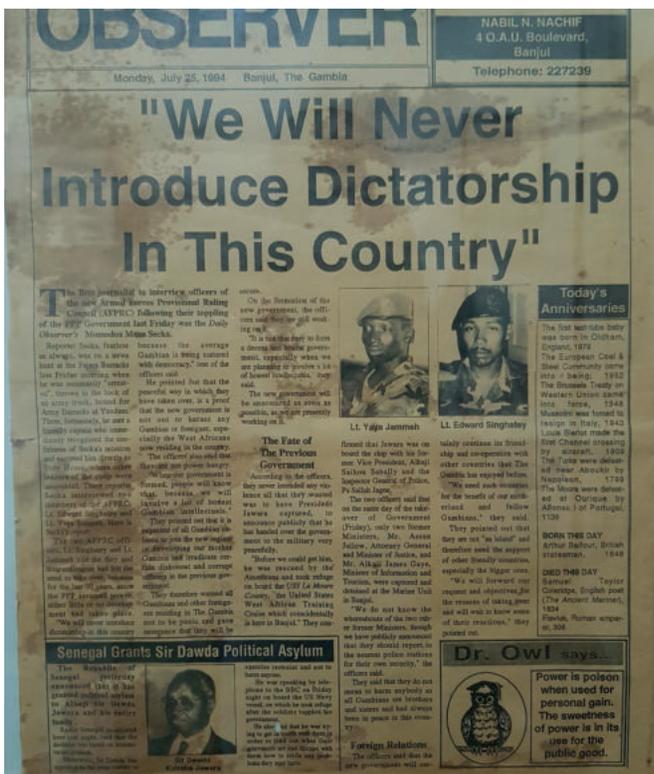
aus dem Englischen übersetzt von Diana Siedler

Seit seiner Amtsübernahme im Januar 2017 mit Unterstützung der ECOWAS-Militäreinsätze in Gambia (ECOMIG) hat Präsident Adama Barrow eine Reihe von Übergangsjustizprozessen eingeleitet, die darauf abzielen, Gerechtigkeit zu schaffen, die gespaltene Nation zu heilen und zu versöhnen, Straflosigkeit zu bekämpfen und Mechanismen einzuführen, um eine Wiederholung der Diktatur zu verhindern. Eine Schlüsselkomponente dieses umfassenden Programms der Übergangsjustiz ist die Einrichtung der Wahrheits-, Versöhnungs- und Wiedergutmachungskommission („Truth, Reconciliation and Reparations Commission“, TRRC). Die TRRC wurde im Dezember 2017 gegründet und nahm im Oktober 2018 ihre Arbeit auf, um „die Art, die Ursachen und das Ausmaß der im Zeitraum vom Juli 1994 bis Januar 2017 begangenen Menschenrechtsverletzungen zu untersuchen, eine unparteiische historische Dokumentation zu erstellen und die Gewährung von Entschädigungen an die Opfer und für damit zusammenhängende

Angelegenheiten in Betracht zu ziehen“, um „Heilung und Versöhnung zu fördern, auf die Bedürfnisse der Opfer einzugehen, die Straffreiheit anzugehen und eine Wiederholung der erlittenen Verletzungen und Missbräuche zu verhindern, indem Empfehlungen zur Schaffung geeigneter Präventionsmechanismen einschließlich institutioneller und rechtlicher Reformen erarbeitet werden“.<sup>39</sup>

In vielen Post-Konflikt-Ländern Afrikas wurden Wahrheitskommissionen eingerichtet. Die bekannteste ist die südafrikanische Wahrheits- und Versöhnungskommission, die im demokratischen Umfeld nach der Apartheid eingesetzt wurde. Andere Länder, die Wahrheitskommissionen hatten, sind unter anderem Liberia, Ruanda, Uganda und Sierra Leone. Im Gegensatz zu Gambia, wo die Einrichtung der Wahrheitskommission ein Wahlversprechen war, ist die Einrichtung einer Wahrheitskommission in den meisten dieser anderen Länder jedoch auf ein politisches Abkommen oder ein Friedensabkommen zurückzuführen.

Die Gründung der TRRC, die nun kürzlich in Gambia ihre Arbeit begonnen hat, wurde von den Bürger\*innen unterschiedlich aufgenommen. Eine aktuelle Afrobarometer-Umfrage (2018) deutet darauf hin, dass die Öffentlichkeit der TRRC wenig Vertrauen entgegenbringt. Auch die Ablehnung der Kommission durch Jammehs Anhänger\*innen, welche den Prozess als „Hexenjagd gegen Jammeh“ betrachten, stellt eine Herausforderung dar. Dieser Artikel versucht daher, den aktuellen Stand der TRRC Gambia zu untersuchen und einem Ausblick auf die Chancen und Herausforderungen für ihre erfolgreiche Umsetzung zu geben. Der Artikel schlägt vor, dass die TRRC, wenn sie erfolgreich sein soll, als unabhängig, fair und transparent bei der Aufarbeitung des begangenen Unrechts angesehen werden muss und sich auf die Opfer konzentrieren muss.



„Wir werden niemals eine Diktatur in diesem Land einführen“ hatte der damalige Armee-Offizier Yahya Jammeh versprochen, nachdem er sich 1994 an die Macht gepuscht hatte – ein Versprechen, das nicht eingehalten wurde.

Verfolgung realer und angeblicher politischer Gegner und Inhaftierungen ohne Prozess usw. reichen. In einer aktuellen Afrobarometer-Umfrage gibt jede\*r vierte Gambier\*in (28%) an, dass er\*sie oder ein Mitglied der eigenen Familie unter dem früheren Regime eine Form von Menschenrechtsverletzungen erlitten hat.<sup>40</sup> Journalist\*innen und Menschenrechtsaktivist\*innen wurden ständig verhaftet und politische Gegner wegen ihrer abweichenden Meinungen inhaftiert. Dieses System erodierte die Fähigkeit des Staates, Gerechtigkeit zu üben, da das Justizsystem sowie alle anderen Teile der Regierung unter der Kontrolle von Jammeh standen. Der repressive Charakter der Herrschaft Jammehs zwang viele Gambier\*innen ins Exil und einige, den tödlichen irregulären Weg nach Europa zu nehmen, der allgemein als „back way“ bekannt ist.

In den mehr als fünf Jahrzehnten der politischen Geschichte Gambias gab es nie einen Regierungswechsel durch die Wahlurne, bis im Dezember 2016 Adama Barrow, unterstützt von einer Koalition aus sieben politischen Parteien und einem unabhängigen Kandidaten, den amtierenden Diktator Yahya Jammeh überraschend besiegte. Der Zeitraum bis zur Wahl am 1. Dezember war durch den Protest der Bevölkerung gekennzeichnet, die Wahlreformen forderte. Im April 2016 führte Solo Sandeng, der Jugendmobilisator der Vereinigten Demokratischen Partei (UDP) (damals führende Oppositionspartei und Mitglied der derzeitigen Koalitionsregierung), andere Jugendliche aus seiner Partei bei der Forderung nach Wahlreformen an. Er wurde von Jammehs berüchtigter National Intelligence Agency (NIA), der vorgeworfen wird, zusammen mit den „Junglars“<sup>41</sup>, den Polizeistaat unter Jammeh durchgesetzt zu haben, verhaftet und zu Tode gefoltert.

Die Nachricht von Solos Tod in den Händen von Jammehs Schergen löste eine neue Welle des Protestes aus, angeführt von Ousainou Darboe, dem Führer der UDP und späteren Vizepräsidenten von Gambia. In der Folge wurden Darboe und 50 weitere Parteimitglieder, darunter auch führende Mitglieder des Parteivorstands, verhaftet, dem Gericht vorgeführt und zu drei Jahren Gefängnis verurteilt. Obwohl diese Ereignisse sowie Jammehs massives Vorgehen gegen abweichende Meinungen eine Atmosphäre der Angst und Unsicherheit schufen, gaben sie auch den politischen Parteien der Opposition den Anstoß, sich um

einen einzigen Kandidaten zu versammeln, um Jammeh zu besiegen.

Im Oktober 2016 einigten sich sieben oppositionelle politische Parteien<sup>42</sup> und ein unabhängiger Kandidat (Dr. Isatou Touray) mit finanzieller Unterstützung der gambischen Diaspora auf die Bildung einer Koalition und Adama Barrow wurde nach einem Konvent zum unabhängigen Präsidentschaftskandidaten gewählt. Er gewann mit mehr als 43% der Stimmen vor Jammeh (39%) und Mama Kandeh (17%), dem dritten Kandidaten die Präsidentschaftswahl. Eine Woche nach der Niederlage machte Jammeh eine „Kehrtwende“ und lehnte die Wahlergebnisse ab, indem er einige angebliche Unregelmäßigkeiten zitierte und eine zweimonatige politische Sackgasse schuf. Mit der vereinten Unterstützung von ECOWAS, AU und UNO wurde Jammeh ins Exil nach Äquatorialguinea geschickt. Barrow, der am 19. Januar 2017 in der gambischen Botschaft in Dakar, Senegal, zum ersten Mal vereidigt wurde, kehrte am 26. Januar 2017 aus dem Exil zurück, um nach Jammehs Weggang am 21. Januar 2017 seine Präsidentschaft zu übernehmen.

## Der Arbeitsauftrag

Ein Teil der Wahlversprechen von Präsident Barrow und der Koalitionsregierung bestand darin, ein Übergangsprogramm für die Justiz einzuführen, das sich mit den begangenen Menschenrechtsverletzungen befasst und staatliche Institutionen reformieren soll, um eine Wiederholung dieser Geschehnisse zu verhindern. Deshalb gründete die gambische Regierung im Dezember 2017 nach öffentlichen Beratungen die TRRC mittels des Truth, Reconciliation and Reparations Commission Act. Die elfköpfige Kommission hat die Aufgabe, die unter Jammeh von Juli 1994 bis Januar 2017 stattgefundenen Menschenrechtsverletzungen wahrheitsgemäß zu dokumentieren.

Die TRRC als unabhängiges Gremium unter der Leitung von elf Kommissaren, die im Rahmen eines partizipativen und integrativen Prozesses gewählt wurden, hat den Auftrag, die jüngste Vergangenheit Gambias durch einen umfassenden und unparteiischen Prozess von öffentlichen Beratungen, Stellungnahmen und Untersuchungen aufzuarbeiten. Innerhalb der ersten zwei Jahre des operativen



**Viele Opfer des Jammeh-Regimes würden den ehemaligen Diktator und seine damaligen Mitstreiter gerne vor Gericht sehen.**

Mandats soll die Kommission Opfern und Zeugen die Möglichkeit geben, über die erlittenen Verletzungen und Missbräuche zu berichten. Diese Berichte der Opfer werden durch Untersuchungen und Forschungen ergänzt, um eine unparteiische historische Aufzeichnung der Missbräuche unter Jammehs Herrschaft zu erstellen. In erster Linie ist die TRRC Gambia beauftragt, Folgendes zu tun:

- Menschenrechtsverletzungen und -missbräuche zu untersuchen, die in den letzten 22 Jahren der autoritären Herrschaft des damaligen Präsidenten Jammeh begangen wurden;
- den sozialen Zusammenhalt und die nationale Aussöhnung der Gambier\*innen zu fördern;
- die Straflosigkeit anzugehen;
- die Rechte und die Würde der Opfer durch angemessene Entschädigungen anzuerkennen;
- vor allem, die richtigen Lehren daraus zu ziehen, um wirksame Mechanismen einzuführen, die eine Wiederholung dieser Taten verhindern.

Obwohl die Anhörungen noch nicht begonnen haben, ist immerhin die TRRC vollständig eingerichtet. Alle Kommissionsmitglieder wurden bei der kürzlich stattgefundenen Eröffnung ernannt und vereidigt. Es gibt ein etabliertes Sekretariat unter der Leitung von Dr. Baba Galleh Jallow, der ein Team von überwiegend jungen Menschen leitet.

Die TRRC wird sich mit schwachen öffentlichen Institutionen, dem Fortbestand drakonischer Gesetze sowie ethnischen und anderen Differenzen auseinandersetzen müssen, die sich im gambischen politischen Diskurs etabliert haben. Obwohl es seit der Niederlage Jammehs einen offeneren und freieren Raum für die Ausübung bürgerlicher und politischer Rechte gibt, hat es die neue Regierung versäumt, einige der drakonischen Gesetze aufzuheben, die von Jammeh zur Verletzung der Menschenrechte benutzt wurden. So existiert beispielsweise nach wie vor das Gesetz über die öffentliche Ordnung (Public Order Act), das vom Jammeh-Regime regelmäßig benutzt wurde, um gegen Bürger vorzugehen, die ihre Rechte ausüben wollten. Mit Hilfe dieses Gesetzes verurteilte das Jammeh-Regime die UDP-Führung nach Protesten zu drei Jahren Gefängnis. Tatsächlich wurde das gleiche Gesetz vom jetzigen Regime benutzt, um #OccupyWestfield (eine Jugendbewegung, die gegen die schlechte Stromversorgung protestiert), wegen angeblicher „Sicherheitsrisiken« die Erlaubnis zu protestieren zu entziehen. Ein kürzlich ergangenes Urteil des Obersten Gerichtshofs erklärte das Gesetz für verfassungsmäßig und behält damit die Inkonsistenz des Gesetzes mit der Verfassung bei. Menschenrechtsaktivist\*innen und Beobachter\*innen verurteilen die Entscheidung des Obersten Gerichtshofs.

Ebenso hat es die neue Regierung versäumt das Entschädigungsgesetz (2001) aufzuheben, das erlassen wurde, um den Sicherheitsbeamten, die an der gewaltsamen Auflösung der Studentendemonstrationen im Jahr 2000 beteiligt waren, Straffreiheit zu garantieren. 14 Studierende waren erschossen und mehrere Studierende verwundet worden.

Anstatt gemäß dem Untersuchungsbericht der Kommission, der nach den Demonstrationen erstellt wurde, zu handeln, hat das Jammeh-Regime das Entschädigungsgesetz erlassen, um die im Bericht der Kommission angeklagten Sicherheitsbeamten zu schützen.

Die Existenz dieser beiden drakonischen Gesetze im Rahmen der Umsetzung der TRRC kann sehr problematisch sein. Auf der einen Seite erzeugt das weitere Vorhandensein dieser Gesetze bereits in einigen Teilen der gambischen Gesellschaft gemischte Gefühle über die „Nie wieder“-Kampagne der TRRC. Unter der neuen Regierung wurde Demonstrant\*innen das Recht auf Protest verweigert, was ihre bürgerlichen und politischen Rechte einschränkt. Zweitens kann das Fortbestehen des Entschädigungsgesetzes die Wiedergutmachung für die Opfer der Studentenproteste vom 10. und 11. April zunichtemachen, die bereits mit einem Boykott der TRRC drohen, wenn die Regierung sich ihrer nicht annimmt. Es ist dringend erforderlich, dass die Regierung diese drakonischen Gesetze aufhebt, da sie das Potential haben, die bürgerlichen und politischen Rechte der Bürger einzuschränken und mehr noch, die Arbeit der TRRC zu behindern.

Die TRRC kämpft auch mit anderen Herausforderungen wie schwachem öffentlichem Vertrauen und mangelnder Unterstützung durch oppositionelle politische Parteien sowie ethnischen und anderen Unterschieden, die Gambia in der Zeit nach Jammeh geprägt haben. Die jüngste Afrobarometer-Umfrage legt nahe, dass die TRRC auf das Vertrauen der Öffentlichkeit achten muss. Weniger als die Hälfte der Gambier\*innen sagt, dass sie der Kommission „etwas“ (12%) oder „viel“ (34%) vertrauen. Zwölf Prozent der Gambier\*innen geben an, dass sie der TRRC „überhaupt nicht“ oder nur ein wenig (13%) vertrauen, während fast jede/r dritte Gambier\*in angibt, keine Meinung zu haben oder sich weigert, diese zu äußern. Die Afrobarometer-Umfrage (2018) zeigt auch, dass die Gambier\*innen trotz des schwachen Vertrauens hohe und unterschiedliche Erwartungen an die TRRC geäußert haben: 34% der Bevölkerung erwarten ein Ergebnis des nationalen Friedens, der Versöhnung, der Vergebung und Heilung, eine genaue Aufzeichnung der Menschenrechtsverletzungen des früheren Regimes (30%), die Verfolgung und Bestrafung von Personen, die wegen Verbrechen gegen die Menschlichkeit für schuldig befunden wurden (28%); Hilfe für die Opfer und ihre Familien, die lang erduldeten Schmerzen zu überwinden (16%); Rückgabe von beschlagnahmtem Eigentum an Opfer oder unmittelbare Familienangehörige (12%) und symbolische finanzielle Entschädigungen für Opfer, deren Rechte von staatlichen Akteur\*innen missbraucht wurden (8%); Sachleistungen wie kostenlose Bildung oder medizinische Behandlung für Opfer oder unmittelbare Familienangehörige (5%); und die Organisation von angemessenen Bestattungen der Opfer, einschließlich der Verschwundenen (2%) (Afro Barometer Survey, 2018).

Der TRRC fehlt auch die Unterstützung oppositioneller politischer Parteien. So besteht die APRC-Partei darauf, dass es sich um eine „Hexenjagd gegen Jammeh“ handelt, während die GDC keine klare Position zur TRRC hat. Der nationale Jugendmobilisator der GDC, MC Cham, hält die

TRRC für eine gute Initiative, vorausgesetzt, dass sie den Opfern zu Gerechtigkeit verhilft. Die TRRC leidet auch unter dem Schweigen der Koalitionsmitglieder, da einige die Versöhnung befürworten, während andere dazu schweigen. Daher müssen alle politischen Parteien einbezogen werden, wenn die TRRC die Gambier\*innen versöhnen und eine auf sozialen Zusammenhalt ausgerichtete Gesellschaft aufbauen will, die auf demokratischen Grundsätzen und der Achtung der Menschenrechte und der Rechtsstaatlichkeit beruht.

Obwohl die gambischen ethnischen Gruppen harmonisch zusammengelebt haben, ist das Ausmaß an Unzufriedenheit und Unsicherheit in der Übergangszeit aufgrund des Erbes schlechter Regierungsführung und schwacher Institutionen weit verbreitet. Das hohe Maß an interethnischen Spannungen und die schwachen Beziehungen zwischen Staat und Gesellschaft, insbesondere im Sicherheitsbereich, können ein Haupthindernis für die Verwirklichung von nationalem Frieden und Sicherheit sein, die eine wichtige Säule der Wahrheitskommission Gambias ist. Auch die Tatsache, dass weiterhin Täter in der Regierung sitzen, hat das Potenzial, die Bemühungen der TRRC zu schwächen. Opfer, insbesondere solche, die sexuell missbraucht wurden, finden möglicherweise nicht den Mut, sich zu melden. Ebenso kann die Kultur des Schweigens in der gambischen Gesellschaft ein weiteres Hindernis für einen erfolgreichen Prozess der Aufarbeitung vergangenen Unrechts sein.

Dennoch hofft die TRRC mit ihrem Versprechen von Gerechtigkeit und der „Nie wieder“-Kampagne auf eine ganzheitliche Auseinandersetzung mit dem Erbe des ver-

gangenen Regimes. Auf Seiten der Regierung besteht ein starker politischer Wille, die TRRC und die Reaktion der internationalen Gemeinschaft, insbesondere der UNO, zur Unterstützung des Prozesses zu sehen. Das Scheitern oder der Erfolg vieler Wahrheitskommissionen ist das Ergebnis der Umsetzung von Empfehlungen. Präsident Barrow hat bekräftigt und sich verpflichtet, Personen zu verfolgen, die sich schwerer Menschenrechtsverletzungen schuldig gemacht haben. Diese Zusagen der Regierung deuten darauf hin, dass ein Hauptergebnis der TRRC die Strafverfolgung sein wird. Sechs von zehn Gambier\*innen sind sich einig, dass Täter von Menschenrechtsverletzungen unter Jammeh unabhängig vom Ergebnis des TRRC verfolgt werden sollten.

*Sait Matty Jaw ist Dozent und Wissenschaftler an der politikwissenschaftlichen Fakultät der „University of the Gambia“. Sein Forschungsschwerpunkt ist die gambische Politik.*

## Endnoten

<sup>39</sup> Truth, Reconciliation and Reparations Commission Act, 2017. Section 13.

<sup>40</sup> [http://afrobarometer.org/sites/default/files/publications/Dispatches/ab\\_r7\\_dispatchno249\\_gambians\\_want\\_national\\_healing\\_with\\_justice.pdf](http://afrobarometer.org/sites/default/files/publications/Dispatches/ab_r7_dispatchno249_gambians_want_national_healing_with_justice.pdf)

<sup>41</sup> <https://www.reuters.com/article/us-gambia-military/gambia-arrests-top-jammeh-generals-after-they-return-from-exile-idUSKBN1FB2WQ>

<sup>42</sup> UDP, PDOIS, NCP, PPP, NRP, GMC, GPDP



**Geldtransfers von im Ausland lebenden Verwandten sind in Gambia ein wichtiger wirtschaftlicher Faktor.**

# Das Migrationsdilemma

Von **Mustapha K. Darboe**

Aus dem Englischen übersetzt von **Diana Siedler**

Gambias junge Demokratie hat Hoffnungen für die Zukunft geweckt, aber Wohlstand bleibt immer noch ein weit entfernter Traum für viele junge Gambier\*innen.

Die öffentliche Verschuldung ist mit einer Staatsschuldenquote von 130% zum BIP nicht tragfähig, fast die Hälfte der Bevölkerung lebt unter der Armutsgrenze und die Jugendarbeitslosenquote liegt bei 38%. Dies lähmt die jungen Bevölkerung und führt zu Frustration und Ungeduld.

„Wir sind wegen der Demokratie zurückgekehrt, weil wir dachten Dinge hätten sich geändert. Aber die einzige Änderung ist, dass wir mehr Meinungsfreiheit haben.“ sagt Mustapha Sallah, Ende 20. Sallah ist einer der jungen Emigranten, die mit Hilfe der Internationalen Organisation für Migration (IOM) Anfang 2017 „freiwillig“ aus Libyen zurückgekehrt sind. Mit seinen Kollegen hat Sallah einen Verein für Rückkehrer\*innen gegründet, welcher es sich zur Aufgabe gemacht hat, die Bevölkerung für die Gefahren der Mittelmeerfluchtroute zu sensibilisieren. „Die jungen Leute sind frustriert“, sagt er.

Die irreguläre Migration der Jugend nach Europa ist seit einer Dekade das wichtigste Thema für Gambias heftigste Politikdebatten.

Und Sallahs Geschichte ist eine zu viel. 2018 wurden die

riskanten Bootsreisen über den Atlantik von Gambia nach Spanien, die seit 2006 durchgeführt wurden, wiederaufgenommen, nachdem sie ein ganzes Jahr nicht stattgefunden hatten.

„Es besteht ein enormes Risiko, dass der «back-way» (die irreguläre Migration über den Atlantik) schnell wieder zunimmt und er könnte sehr tödlich verlaufen“ sagt Lamin Darboe, der geschäftsführende Direktor des National Youth Council (NYC) von Gambia. Der NYC ist die Institution innerhalb Gambias Jugendministerium, die verantwortlich ist für die Entwicklung junger Leute.

## Wirtschaftliche Ursachen der Frustration

Abgesehen von der kränkenden Wirtschaft ist auch Gambias Landwirtschaft, die einmal die arme Landbevölkerung ernährte, im letzten Jahrzehnt erheblich zurückgegangen.

Laut dem Multi-dimensional Poverty and Inclusive Growth Report, einer gemeinsamen Studie der Vereinten Nationen und der Regierung Gambias, ging der Anteil der Bevölkerung, der in diesem Sektor arbeitet, innerhalb eines Jahrzehnts von 70% auf 31% zurück.

Gambia hat die höchste Rate der Land-Stadtflucht in Afrika,



Es handelt sich also um ungefähr 400 000 Personen oder mehr, und wir reden von Projekten, die 5000 oder sogar noch viel weniger Personen erreichen.“

„Es gibt also eine riesige Lücke, und das wird natürlich weiterhin einen enormen Druck und eine Ursache für die Frustration unserer Jugend sein.“

## Finanzierungslücken

Gegenwärtig gibt es in Gambia zwei von der EU finanzierte Hilfsprojekte, die sich an junge Leute richten.

Eines davon, das 11 Mio. € Youth Empowerment Project (YEP), welches vom International Trade Center umgesetzt wird, hat sich zum Ziel gesetzt, 4000 Jugendliche bei der Berufsbildung und weitere 4000 bei Unternehmensgründungen und -finanzierungen zu unterstützen.

YEP hat bereits 1531 Jugendliche in verschiedenen Fachgebieten wie Bauwesen, Mobiltelefonreparaturen, Technik und anderen ausgebildet, sagt Modou Touray, der technische Beratungs-, Kontroll- und Evaluierungsspezialist des Projekts.

Aber YEP schafft es genauso wenig wie IOM, den Bedarf an ihren Ausbildungen zu decken.

„Es besteht eine riesige Lücke zwischen dem tatsächlichen Bedarf und den zur Verfügung stehenden Mitteln. YEP hat nur 11 Mio. €. Wenn die Ausbildung eines Jugendlichen 250 bis 300 Dollar kostet, kann man so nicht 10 000 Leute ausbilden“, sagte Touray. „Das 11 Mio. € Budget von YEP muss auch alle administrativen Kosten decken und einige Mitarbeiter\*innen leben im Ausland.“

Baboucarr Sallah, der Projektleiter und Finanzdirektor des Projekts, sagte, dass sie wegen mangelnden finanziellen Ressourcen zum Teil nur 10% der Bewerber\*innen berücksichtigen können.

Ausser den YEP- und IOM-Reintegrationsprogrammen hat die gambische Regierung nur sehr begrenzte Mittel, welche sie in Maßnahmen zur Verbesserung der Lage der Jugendlichen investieren könnte.

Präsident Adama Barrow hat am 14. September angekün-

digt, dass seine Regierung 1.3 Milliarden Dalasi (ungefähr 23 Millionen Euro) für die Armutsbekämpfung investieren wird. Es bleibt aber abzuwarten, inwiefern Projekte für die Jugend von diesem Geld profitieren werden.

## Mängel

Trotz der guten Absichten gibt es zu den derzeit vom ITC und IOM umgesetzten Projekte einige Kritikpunkte.

Gemäß der Studie von Action Aid wird YEP dafür kritisiert, dass Gambias wichtigstes Migrationshilfsprojekt an eine internationale NGO ausgelagert wurde, welche von einer im Ausland lebenden Person koordiniert wird und den Bereich demokratische Bildung und politischer Aufbau vernachlässigt.

Ähnlich kritisch wird das €3.5 Hilfspaket der EU gesehen, das vom IOM verwaltet wird.

Abgesehen von der nicht ausreichenden finanziellen Unterstützung und der Tatsache, dass die wichtigsten Hilfsgelder für Migrant\*innen durch ausländische Agenturen kontrolliert werden, sind einige Projektbereiche gescheitert.

Die IOM Sprecher in Gambia sagten, sie überwachen ihre Wiedereingliederungsprogramme für Rückkehrer\*innen, aber ihr Projekt in Salikenni, welches letztes Jahr startete, ist gescheitert.

Demba Nije, der beim Aufbau einer Geflügelfarm durch ein IOM-Projekt unterstützt werden sollte, meinte, er hätte weder die nötige Ausbildung noch das für das Gelingen des Projekts erforderliche Kapital erhalten. Innerhalb eines Jahres ging die Geflügelfarm zugrunde. „Wir konnten uns das Futter nicht leisten“, sagte Nije.

Die gambische Regierung und Gesellschaft sind derzeit überfordert, eine größere Zahl von Abgeschobenen in die Gesellschaft zu integrieren, da sie eine Vielzahl von Herausforderungen zu lösen hat. Es besteht daher ein hohes Risiko, dass eine zunehmende Zahl von Abschiebungen das Land destabilisieren und damit den demokratischen Wiederaufbau verhindern könnte.



**Migrationspolitische Entwicklungen in Europa werden von den gambischen Medien aufmerksam verfolgt.**



Ein Plakat wirbt für HIV-Tests und Beratungsangebote.

# Die Probleme des gambischen Gesundheitssystems

Von Dr. Momodou A. I. Tekanyi

Aus dem Englischen übersetzt von Marion Kolb

## Einleitung

Gambia ist, wie viele andere Länder des globalen Südens, mit enormen infrastrukturellen, verwaltungstechnischen und klinisch relevanten Problemen im Gesundheitsbereich konfrontiert. Die Zahl nicht ansteckender Krankheiten, wie psychische Krankheiten, Diabetes und Bluthochdruck, wächst schnell und belastet das Gesundheitssystem des Landes, das zusätzlich mit den Folgen von Korruption und Missmanagement in öffentlichen Ämtern zu kämpfen hat. Bedauerlicherweise befindet sich das Gesundheitssystem des gebeutelten Landes seit der Unabhängigkeit in einem stagnierenden Zustand, das nur geringe Verbesserungen in der primären und sekundären Versorgung erfahren hat. Auch die tertiäre Versorgung ist aufgrund von Medikamentenmangel und fehlenden Diagnosemöglichkeiten in Spezialkliniken zu einer dauerhaften Belastung des Gesundheitswesens geworden. Darüber hinaus besteht ein großer Mangel an Fachkliniken und schnell verfügbaren Fachärzt\*innen zur Bewältigung komplexerer medizinischer Fälle. Der Bereich der psychischen Gesundheit stellt dabei eine der größten Herausforderungen des gambischen Gesundheitssektors dar. Viele nicht behandelbare medizinische Fälle können schließlich in den benachbarten Senegal, Europa oder

Amerika verwiesen werden. Eine Behandlungsmöglichkeit, die nur Wohlhabenden möglich ist und in deren Konsequenz Arme an behandelbaren Krankheiten sterben. Dies alles führt zu einer höheren Morbidität, einem Anstieg von Krankenhausbesuchen und einer höheren Sterblichkeitsrate.

## Finanzielle Hürden des Gesundheitssystems

Der schlechte Zustand des Gesundheitssystems des Landes wird durch Misswirtschaft, Missbrauch der begrenzten öffentlichen Mittel und die grassierende Korruption einiger Beamter ermöglicht und verstärkt. Unter der Korruption und den weiteren Mängeln des Gesundheitssystems, in dem die staatlichen Gesundheitseinrichtungen die medizinische Grundversorgung (unter anderem durch das Fehlen an Medikamenten) nur unzureichend sicherstellen können, leidet auch das Ärzt\*innen-Patient\*innen-Verhältnis. Die Konsequenz dieser anhaltend schlechten Gesundheitsversorgung ist die steigende Inzidenz von übertragbaren und nicht übertragbaren Krankheiten. Eine angemessene Gesundheitsversorgung ist in den öffentlichen Krankenhäusern für die Armen und weniger Privilegierten also kaum vorhanden, während die Dienstleis-

tungen in den privaten Einrichtungen weiterhin sehr teuer sind und eine Krankenversicherung für die Bevölkerung fehlt. Ärzt\*innen und medizinische Dienstleistungen sind dabei hauptsächlich in den Städten Gambias zu finden.

### **Behandlungsmöglichkeiten psychischer Krankheiten und Brain-Drain**

Psychische Krankheiten sind eine enorme Belastung für das Gesundheitssystem des Landes. Es herrscht ein Mangel an ausreichend ausgebildetem Pflege- und medizinischem Personal sowie an notwendigen Labor- und anderen Diagnosediensten. Die Behandlung von Patient\*innen in der einzigen psychiatrischen Klinik des Landes stellt eine fast unüberwindbare Hürde dar. Der unzureichende Personalstand ist auch das Ergebnis fehlender Anreize für geschulte Ärzt\*innen und Krankenpfleger\*innen, im Bereich der psychischen Gesundheit zu arbeiten. Es besteht ein Mangel an Ausbildungs- und Weiterbildungsmöglichkeiten sowie kaum berufliche Weiterentwicklungschancen für Personal im psychischen Gesundheitssystem. Die Verwaltung der psychiatrischen Klinik hat daher regelmäßige mit der Abwanderung von Personal zu kämpfen. Dieser „Brain-Drain“ besteht im gesamten Gesundheitsbereich Gambias (wie auch in anderen Ländern des globalen Südens), wobei in Gambia ausgebildete Ärzt\*innen, Pflegekräfte und andere Gesundheitsdienstleister\*innen auf der Suche nach beruflicher Aus- und Fortbildungsmöglichkeiten ins Ausland wechseln, da ihnen zu Hause diese Möglichkeiten fehlen.

Neben den mangelnden personellen Ressourcen, wie der Nichtverfügbarkeit der Dienste von Psychiater\*innen und Psychotherapeut\*innen und fehlenden Medikamenten, findet Beratung und Sensibilisierung zu psychischen Krankheiten (wegen der schlechten Finanzierung) nur unzureichend statt. Der Widerwille von Patient\*innen, besonders von Abgeschobenen, sich psychologisch und

psychiatrisch beraten zu lassen, beruht auch auf tief verwurzelten kulturellen Überzeugungen, was ebenfalls zum schlechten Zustand der einzigen psychiatrischen Klinik des Landes beiträgt.

### **Abschiebung als Risiko für das Gesundheitssystem**

Ein weiteres Problem für das Gesundheitssystem begann mit den gewaltsamen Abschiebungen, die zu einem massiven Problem für das Gesundheitssystem des Landes werden könnten. Erzwungene Abschiebungen sind oft mit enormen psychologischen Traumata und emotionaler Instabilität verbunden, was die Verfügbarkeit von ordentlichen und regelmäßigen psychologischen und psychiatrischen Diensten in den Aufnahmeländern erfordert, um unvorhergesehene Notfälle behandeln zu können. Es ist bedauerlich, dass diese Dienste in Gambia in hohem Maße fehlen. Wenn die Abschiebungen weiterhin, ohne geeignete Maßnahmen zur Bewältigung der hohen psychologischen und psychiatrischen Risiken fortgeführt werden, hätte dies gravierende Folgen. Der Mangel an physischen und psychischen Behandlungsmöglichkeiten ist einer der entscheidenden Risikofaktoren für die Zunahme von Krankheits- und Armutsraten.

Daraus folgt auch das beträchtliche Risiko, dass einige der Abgeschobenen, wegen des Mangels an Arbeitsplätzen die schlechten Sicherheitsbedingungen nutzen werden, um überleben zu können. Die Zunahme der kriminellen Aktivitäten könnte auch zu zivilen Unruhen führen und damit die innere Sicherheit des Landes gefährden. Eine große Last wird dabei den Rückkehrer\*innen und ihren Familien aufgebürdet, aber von der Konsequenz wird die gesamte Bevölkerung und Regierung Gambias betroffen sein.

*Dr. Momodou A. I. Tekanyi ist Doktorand im öffentlichen Gesundheitswesen und ehemaliger Oberarzt.*



*Die König-Fahad-Moschee in Banjul.*

# ***Friedliche Koexistenz seit mehr als fünf Generationen***

**Islam und Christentum: Die am weitesten verbreiten Religionen in Gambia**

***Von Talibeh Hydara***

***Aus dem Englischen übersetzt von Annemie Schäfer***

Bevor Religion in Gambia aufkam, gab es eine sogenannte Alte Ordnung: Eine traditionelle Herrschaft von Königen, die Jahrhunderte andauerte. Diese sogenannte Ordnung sollte später durch zwei neue Religionen zerschlagen werden; das Christentum im 15. Jahrhundert und den Islam im 20. Jahrhundert. Arabische Händler\*innen und christliche Missionar\*innen verbreiteten ihre Religion über die Sahara. Hassoum Ceesay, ein berühmter gambischer Historiker und Direktor des Nationalen Zentrums für Kunst und Kultur, hat das Aufkommen von Religion in Gambia zurückverfolgt und sagt, Religion gebe es dort seit alters her. „Der Islam geht zurück auf das 10. Jahrhundert, in dem er durch Handel über die Sahara nach Gambia gebracht wurde. Später wurde er zwischen 1850 und 1900 durch den Dschihad verbreitet, wodurch die Alte Ordnung der Könige destabilisiert wurde. Das Christentum wurde währenddessen 1450 von portugiesischen Reisenden ins Land gebracht. Das erste christliche Begräbnis fand 1456 auf der James-Insel, wo heute die Hauptstadt Banjul liegt, statt. Der Animismus [Glaube an die Allbeseeltheit der Natur, Anm. d. Übersetzerin] war vor dem Erscheinen von Christentum und Islam verbreitet und viele Gambier\*innen bleiben in Bezug auf Religion eklektisch“, sagt Herr Ceesay.

Laut Herrn Ceesay haben Menschen muslimischen und christlichen Glaubens in diesen über 500 Jahren friedlich ohne nennenswerte Reibungspunkte zusammengelebt. „Es gab keine Feindseligkeit. Religiöser Dialog und Toleranz haben über die letzten vier Jahrhunderte angedauert. Das Verhältnis zwischen Muslim\*innen und Christ\*innen ist, auch durch interreligiöse Ehen, ausgezeichnet. Christliche Schulen, in denen die erste gambische Elite, darunter auch Muslim\*innen, ausgebildet wurde, haben außerdem eine wesentliche Rolle gespielt und sind bis heute beliebt“, bemerkte Ceesay.

## **Gegenseitiger Kompromiss**

Wer sich strikt an die Lehre der Scharia, des Islamischen Rechts, hält, kann eine Heirat zwischen einer muslimischen Frau und einem nicht-muslimischen Mann nicht akzeptieren. Durch das bemerkenswerte gegenseitige Verständnis zwischen den beiden Religionen haben viele Gambier\*innen muslimischen Glaubens über diese religiöse Vorschrift hinweggesehen und sind frei interreligiöse Ehen eingegangen. In hunderten Familien ist der Vater Christ und die Mutter Muslimin oder umgekehrt, was in anderen vorwiegend muslimischen Ländern völlig undenkbar ist. Ebenso



**Innenansicht einer Kirche in Banjul.**

ist es in strikt islamischen Gesellschaften wie Saudi-Arabien und anderen Teilen des Nahen Ostens für Muslim\*innen verboten, zu einem anderen Glauben zu konvertieren. Darauf steht die Todesstrafe, wenn die Person nicht innerhalb von drei Tagen zum Islam zurückkehrt. In Gambia ist das Gegenteil der Fall, hier konvertieren Christ\*innen zum Islam und umgekehrt, ohne harte Bestrafungen befürchten zu müssen.

Typisch christliche Namen wie Anthony, Henry usw. werden von Moslems nach der Konvertierung getragen, während typisch muslimische Namen wie Musa manchmal in der christlichen Gemeinde vorkommen. All das ist symbolisch für den sozialen Zusammenhalt und die religiöse Toleranz in dem winzigen westafrikanischen Land mit nur 1,9 Millionen Einwohnern. Patience Forster, 27, wuchs in einer christlich-muslimisch gemischten Familie auf. „Ich stamme aus einer Familie mit einer muslimischen Mutter und einem christlichen Vater mit muslimischen und christlichen Verwandten. Sie waren die ersten Menschen, die ich kennenlernte und mit denen ich friedlich zusammenlebte, bevor ich überhaupt wusste, was Religion bedeutet. Das Zusammenleben mit meinen muslimischen Verwandten habe ich auf die Muslime in meiner Umgebung ausgeweitet, darunter auch meine Freund\*innen. Ich habe eine herzliche Beziehung zu all meinen muslimischen Freund\*innen und Religion war nie ein Problem“, erzählt sie. Hassanatou A. Jallow, 23, genießt ihre Freundschaft mit Christ\*innen, durch die sich ihr Glaube sogar festigt, wenn sie Zeit mit ihnen verbringt. „Zwei meiner engen Freunde sind Christen. Einer ist sogar sehr besorgt um seine muslimischen Freund\*innen. Er erinnert an das Gebet, wenn es Zeit dafür ist. Er hat sogar einen Gebetsteppich und eine

Gebetskette im Haus, und wann immer man zu Besuch ist, zeigt er sogar die Himmelsrichtung (Kibla) für das Gebet. Für mich gibt es keinen Unterschied. Freitags trägt er einen Kaftan, ein muslimisches Kleidungsstück, und man würde nicht erkennen, dass er Christ ist, wenn man ihn nur ansieht“, sagt sie.

Die Christin Favour Odiong, 20, glaubt trotz eines anscheinend angenehmen Lebens mit ihren muslimischen Freund\*innen, dass es mehr Toleranz und Verständnisbedarf. Sie beschreibt es so: „Es läuft alles gut, aber ich denke, wir müssen lernen, dass Menschen mit unterschiedlichen Religionen teilweise einen unterschiedlichen Lebensstil haben.“

Der Anwalt Muhammed Sowed betont, dass das gambische Gesetz die religiöse Freiheit des Einzelnen beschützt und die bestraft, die ihre Religion gegen andere einsetzen. Er sagt: „Das Strafgesetzbuch besagt, dass jeder, der mit der Absicht, die religiösen Gefühle eines anderen zu verletzen, ein Wort sagt oder schreibt, oder etwas gegenüber der Person äußert, oder eine Geste macht, oder ein Objekt in Sichtweite platziert, ein Vergehen begeht, das mit einer Gefängnisstrafe bis zu einem Jahr bestraft werden kann.“ Inspektor David Kujabi, Beauftragter für Öffentlichkeitsarbeit der Polizei, sagt, dass die gambische Polizei alle Straftaten dokumentiert, er aber noch nie über einen Fall gestolpert sei, der mit religiöser Aufwiegelung zu tun hatte. Auch wenn keine Fälle von Anklagen wegen der Verbreitung religiös motivierter Gewalt dokumentiert sind, haben tausende Gambier\*innen kürzlich eine Onlinepetition unterzeichnet, in der gefordert wird, den Imam Abdoulie Fatty verhaften zu lassen. Ihm wird vorgeworfen, regelmäßig gegen die islamische Glaubensgemeinschaft der Ahmadi gepredigt und den Kampf

gegen Aktivist\*innen, die sich gegen weibliche Genitalverstümmelung einsetzen, angeführt zu haben. Fatty, der einst Imam im Regierungssitz des Präsidenten war und sich uneingeschränkt für weibliche Genitalverstümmelung einsetzt, hat die Kanzel in den letzten zwei Jahrzehnten dazu genutzt, Eltern zur Genitalverstümmelung ihrer Töchter zu drängen. Der Islam verlange diese Praxis. Der Imam, der kein Blatt vor den Mund nimmt, ist außerdem ein Gegenspieler der muslimischen Ahmadi-Minderheit.

## Religion im Alltag in Gambia

Gambia ist ein säkularer Staat, der auf religiöser Freiheit und Toleranz basiert. Artikel 25 der Verfassung schützt das Recht der Bürger\*innen, jede gewählte Religion frei zu praktizieren.

Das friedliche Zusammenleben der Religionen bleibt trotz der deutlichen zahlenmäßigen Überlegenheit des Islams eine beneidenswerte Eigenschaft Gambias.

Diese Toleranz zeigt sich darin, dass Meetings und Veranstaltungen in Gambia typischerweise mit zwei Gebeten, einem islamischen und einem christlichen, beginnen. Außerdem setzt der Präsident, der selbst Moslem ist, ein Zeichen, indem er sowohl die wichtigsten christlichen als auch muslimischen Feiertagen zu gesetzlichen Feiertagen erklärt.

Der ehemalige weltfremde Diktator, Yahya Jammeh, hat Religion, in dem Fall den Islam, jedoch taktisch als trojanisches Pferd eingesetzt, um seine Macht zu stärken. Er hatte Gambia zu einem islamischen Staat erklärt und den Islam propagiert, um der muslimischen Mehrheit zu gefallen. Dies hatte zu vorübergehender Verwirrung geführt, vor allem nachdem Jammeh angeordnet hatte, dass weibliche Staatsbedienstete ihre Haare bei der Arbeit bedecken sollten.

Diese Anordnung, die das ganze Land erschüttert zu haben schien, wurde von einer katholischen Organisation namens The Knights of Saint Peter and Paul als „Enttäuschung“ für die christliche Gemeinde bezeichnet. „Wir wussten, dass die Erklärung Gambias als islamischer Staat uns als Christ\*innen keine Vorteile bringen würde; wir fragten uns in unserem Unwissen allerdings auch, welche besonderen Vorteile sie unseren muslimischen Brüdern und Schwestern und dem Land insgesamt bringen würde. Vor dem Hintergrund des aktuell weltweit wachsenden Fanatismus in allen Religionen sorgten wir uns um mögliche unbeabsichtigte negative Auswirkungen dieser Aussage“, besagte ihre Stellungnahme.

Der Christliche Rat besuchte außerdem den Regierungssitz während der politischen Pattsituation im Dezember 2016, um ihre Besorgnis über das unerfreuliche Chaos zu äußern, das folgte. Obwohl das Treffen unter Ausschluss der Öffentlichkeit stattfand, wurde eine durchgesickerte Audioaufnahme im Internet verbreitet. Darin sagt die Bischöfin der Methodistenkirche, Hannah Caroline Faal-Heim, Jammeh mutig, wie unsicher die Lage der Gambier\*innen ist, obwohl sie die möglichen Konsequenzen kannte.



**Weihnachten wird – ebenso wie das islamische Opferfest – im Gambia von Menschen aller Religionen gefeiert.**

Auf der Aufnahme sagt Faal-Heim: „Ich möchte um Erlaubnis bitten, offen und ehrlich mit Ihnen zu sprechen, da ich Sie als Bruder sehe und wir alle Gambier\*innen sind. Ich bin nicht als Vorsitzende des christlichen Rats Gambias gekommen. Tatsächlich haben viele Menschen mir und uns allen geraten, heute nicht hierher zu kommen, weil sie so wütend auf Sie sind. Wir sind gekommen, weil sie trotz allem unser Präsident sind. Wir haben das Gefühl, dass wir kommen und Sie reden hören müssen. Und wir danken Ihnen, dass Sie das getan haben. Und wir hören Sie und die Versöhnung, von der Sie gesprochen haben. Es gibt Menschen, die sehr verletzt sind. Sie sagen, dass Sie die Konflikte zwischen den Leuten in diesem Land auslösen. Sie sagen, dass Sie uns trennen. Bitte, ich weiß, dass das schmerzhaft ist, es ist schmerzhaft für mich hier zu sitzen und Ihnen das zu sagen, weshalb ich um ihre Erlaubnis frei zu sprechen gebeten habe. Sie sagen, dass Sie die Waffe haben und dass Sie entschlossen sind, sie einzusetzen, komme was wolle, und dass Sie sie gegen ihr eigenes Volk richten werden.“

Trotz all der Hürden während Jammehs Herrschaft bleibt religiöse Toleranz eine tragende Säule des bestehenden Friedens im Land. Die Weihnachtszeit feiern Menschen muslimischen und christlichen Glaubens genauso zusammen wie das islamische Opferfest Eid. Es ist tatsächlich üblich, eine christliche Beerdigung oder kirchliche Hochzeit voller Muslim\*innen zu sehen, während Christ\*innen häufig auch an muslimischen Begräbnissen oder eine Hochzeiten teilnehmen.

## Islamischer Rat und Ahmadis

Genau wie es im Christentum verschiedene Konfessionen gibt, hat auch der Islam viele Gemeinschaften, dutzende davon in Gambia vertreten. Die Spannungen, die zwischen den beiden Religionen selten sind, kommen dafür häufig zwischen den islamischen Gemeinschaften vor.

Das Paradebeispiel für dieses Phänomen ist wahrscheinlich die anhaltende Spannung zwischen der Ahmadiyya-Muslim-Gemeinschaft und dem Obersten Islamischen Rat Gambias, der Dachorganisation, die den Islam im Land reguliert.

Es kam zu einer Konfrontation zwischen einer Gruppe junger Moslems in der kosmopolitischen Siedlung Talinding und Ahmadis, nachdem die Jugendlichen den Ahma-

dis verwehrt, ihre Begräbnisse auf dem Gemeindefriedhof abzuhalten.

Dieser Streit führte zu einer verbalen Attacke von muslimischen Anführern, aus deren Sicht die Jugendlichen damit die Grenzen des Islam überschritten hatten. Diese verfahrenere Situation sah anfangs eindeutig nach einem religionsgemeinschaftlichen Konflikt aus bis der Islamische Rat sich einmischte und die Ahmadis zu Nicht-Muslimen erklärte und sie anwies, sich einen anderen Ort als den Gemeindefriedhof für ihre Begräbnisse zu suchen.

Seither durchzieht dieser stille Konflikt das Land. Kürzlich wurde er wieder laut, als die Ahmadis eine Genehmigung beantragten, um einen Fernsehsender zu betreiben. Der Islamische Rat hatte dieses Gesuch abrupt abgewiesen und die Regierung aufgefordert, den Ahmadis die Genehmigung nicht zu erteilen, da sie das Fernsehen nutzen würden, um „die Gedanken junger Muslime zu korrumpieren.“ Die Regierung erteilte ihnen die Genehmigung dennoch, aber der Vorfall hat Gambia als säkularen Staat auf die Probe gestellt.

Musa Bah, ein Ahmadi-Moslem und Lehrer an einer der führenden weiterführenden Schulen, sagte, er fühle sich sicher, habe aber manchmal das Gefühl, dass die Sicherheit sich ändern könnte.

„Meistens fühle ich mich sicher in diesem Land. Jedoch habe ich in bestimmten Situationen dieses quälende Gefühl, dass ich jederzeit angegriffen werden könnte. Es sollte mehr getan werden, um die Harmonie zwischen und unter den Religionen und Religionsgemeinschaften zu fördern“, bemerkte er.

## Religion und LGBTQ

Beide gambische Hauptreligionen, Islam und Christentum, haben öffentlich alle sexuellen Orientierungen außer der heterosexuellen missbilligt. Das hat das Leben für Lesben, Schwule, Bisexuelle und Transgender in Gambia unerträglich schwierig gemacht. Sie können sich bis heute aufgrund der feindseligen Einstellung nicht zu ihrer Sexualität bekennen.

Der ehemalige Präsident Gambias, Yahya Jammeh, ein weltfremder Tyrann, der nicht von seinen Ansichten abrückt, war berühmt-berüchtigt für seine kontinuierlichen homophoben Aussagen. Einst schwor er, „die Köpfe schwuler Männer abzuschneiden“, und nannte sie „Abschaum“.

„Homosexualität ist anti-religiös, anti-menschlich und anti-zivilisiert. Homosexuelle sind nicht willkommen in Gambia. Wenn wir euch fangen, wird es euch leidtun, geboren worden zu sein. Ich habe Büffel aus Südafrika und Brasilien und die daten sich nie. Wir sind bereit, Gras zu essen, aber hier werden wir nie einen Kompromiss finden. Wenn wir Homosexualität erlauben, erlauben wir satanische Rechte. Wir werden hier keine Homosexuellen erlauben. Meines Wissens nach kann LGBT nur für Lepra, Gonorrhö, Bakterien und Tuberkulose stehen, die alle schädlich sind für die Menschheit“, hatte der erregte Redner Jammeh,

der jetzt in Äquatorial Guinea im Exil ist, 2015 im Staatsfernsehen gesagt.

Jammeh war ungebremst in seinem Hass gegen Homosexuelle. Die gambische Nationalversammlung verabschiedete später ein Gesetz, das als eines der brutalsten anti-homosexuellen Gesetze Afrikas gesehen wird. Es sieht für „schwere Homosexualität“ eine lebenslange Haftstrafe vor.

Durch dieses Gesetz hatte sich die Zahl derer verdoppelt, die dieses homophobe Land verlassen hatten, um in Europa oder den USA wegen ihrer sexuellen Orientierung Asyl zu beantragen. Ein Teil der gambischen Gesellschaft, und insbesondere der damalige Präsident, betrachtete Homosexualität als nicht zur menschlichen Existenz gehörend. Bis heute können sich LGBTQ öffentlich nicht zu ihrer Sexualität bekennen, auch da das Gesetz nicht geändert wurde.

## Fazit

Gambia ist kein Land mit vielen Religionen. Neben Islam und Christentum gibt es nur einige wenige Anhänger der Bahá'í-Glaubensrichtung und eingewanderte Hindus aus Asien. Über Generationen hinweg war das Land geprägt von reibungslosem religiösem Miteinander und die allgemeine Wahrnehmung ist, dass das friedliche Miteinander unterschiedlicher Glaubensrichtungen für immer eines der Hauptmerkmale Gambias bleiben wird.

*Talibeh Hydara ist Redakteur bei „The Standard“, der wichtigsten gambischen Tageszeitung. Ein Schwerpunkt seiner Arbeit der letzten Jahre war das Thema Religion.*

# Gambia im Übergang

Geringe Verbesserungen in Sachen Sicherheit und Gerechtigkeit sorgen für Hoffnungslosigkeit

Von *Kebba Jeffang*

Aus dem Englischen übersetzt von *Juliane Gräbener-Müller*

Gambia, eins der kleinsten Länder Westafrikas mit einer Bevölkerung von rund 2 Millionen Menschen, hat am 2. Dezember 2016 eine 22 Jahre dauernde Diktatur hinter sich gelassen. Durch einen Militärputsch war Yahya Jammeh 1994 an die Macht gekommen und hatte das Land mit eiserner Faust regiert. Während seiner Herrschaft verschwanden viele Gambier\*innen spurlos; manche wurden gefoltert und behielten dauerhafte Schädigungen zurück, viele andere wurden ohne Gerichtsverfahren getötet.

Fast zwei Jahre nach der Machtübernahme von Präsident Adama Barrow werden die Gambier\*innen angesichts der vielen Sicherheitspannen im neuen System, und trotz der zusätzlichen ECOMIG-Präsenz, immer ungeduldiger. Gleichzeitig verlieren Opfer schwerer Verbrechen des vorherigen Regimes die Hoffnung, dass ihnen noch Gerechtigkeit widerfährt.

## Zunehmendes Sicherheitsversagen

Seit Januar 2017 gab es in Gambia einen signifikanten Anstieg der Kriminalität und anderen Sicherheitslücken, die die staatliche Sicherheit auf höchster Ebene gefährden. Dazu gehört die unbemerkte Einreise der beiden ehemaligen Armeegeneräle Umpa Mendy und Ansumana Tamba aus Äquatorialguinea über den einzigen Flughafen des Landes. Als Jammeh ins Exil ging, hatte das Duo zusammen mit ihm das Land verlassen. Ihre erneute Anwesenheit wurde erst bemerkt, als sie sich schon mindestens 48 Stunden im Land aufhielten. Das löste die große Sorge aus, Gambia könnte problemlos von außen angegriffen werden, während Angehörige der Sicherheitskräfte nichts tun.

„Im Nationalen Sicherheitsrat haben wir diese Panne erkannt und übernehmen die volle Verantwortung dafür, dass wir von der Rückkehr dieser hochrangigen sicherheitsrelevanten Personen nichts wussten und dass sie ungehindert einreisen konnten“, räumte der Stabschef Leutnant General Masaneh Kinteh ein.

Der Geschäftsmann Abdoulaye Corr sagte, er fühle sich im Land nach wie vor unsicher. Er verwies auf die unbemerkte Ankunft der Generäle, die aufgrund der Nachlässigkeit des Sicherheitspersonals das Land hätten vernichten können. Corr glaubt, dass Gambia, während die ECOWAS-Truppen und die gambischen Sicherheitsoffiziere im Tiefschlaf liegen, noch immer von außen angegriffen werden könnte. „Das ist möglich. Deshalb sagte ich, das Land sei unsicher. Vergessen Sie nicht, dass man diesen zwei Männern nie trauen konnte und dass sie unter dem schweren Verdacht gestanden hatten, sich für Jammeh an der Ermordung von Menschen beteiligt zu haben. Allein das Wissen, dass sie aus Jammehs Lager im Exil kommen, lässt befürchten, dass

wir nicht sicher sind“, sagte Corr ohne jedes Vertrauen in die Sicherheit.

Lange vor der Einreise der zwei Generäle berichteten internationale Medien, dass einige von Jammehs Getreuen an der Grenze der Casamance im südlichen Senegal mobil machten, um das Land anzugreifen. Der Armeesprecher dementierte diese Berichte. „Wir haben Untersuchungen durchgeführt, bisher aber keinerlei Hinweise darauf gefunden. In diesem Zusammenhang haben wir nichts Konkretes gehört, können aber garantieren, dass wir alles zur Verteidigung dieses Landes tun“, sagte Major Malick Sanyang.

## Im gambischen Sicherheitssystem aufräumen – eine mühselige Aufgabe

Sein Ziel, der gambischen Bevölkerung, vor allem den Armeeangehörigen, Angst einzuflößen, hatte Jammeh mit seiner Taktik des Teilens und Herrschens erreicht. Er hatte ein System eingeführt, das bestimmten Mitgliedern der Armee mehr Macht zubilligte als anderen.

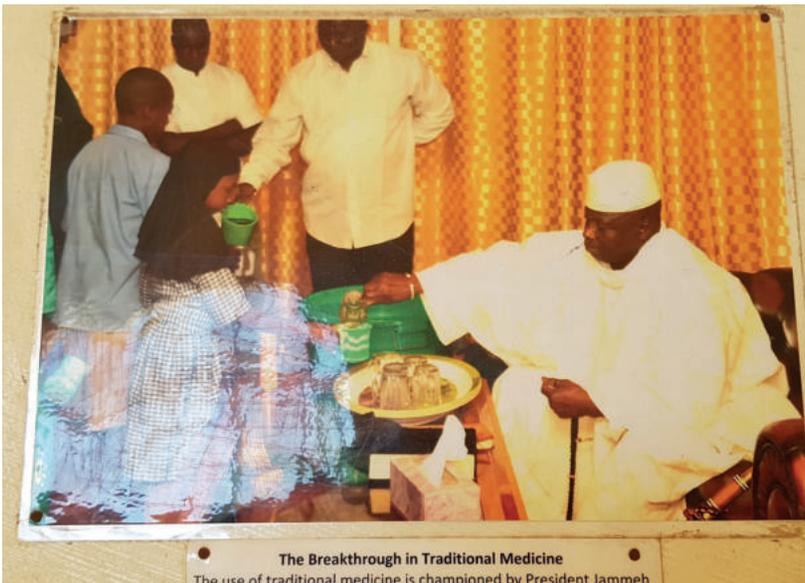
„Die Armee wurde intensiv als politisches Werkzeug benutzt, um Menschen zwangsweise zu rekrutieren, indem man ihre Loyalität zum früheren Militärmachthaber erkaufte. Folglich wurden die gambischen Streitkräfte (GAF) zu einer hochgradig unprofessionellen, brutalen und von Angst geprägten Armee, die sich offen im politischen Geschäft engagierte“, sagte der Politikstudent Amadou Ceesay.

Die neuen Machthaber\*innen räumten ein, dass sie es schwierig fänden, das System zu säubern, aber Anstrengungen in diese Richtung unternommen würden. Eine Konsequenz war die Ausweitung des ECOMIG-Mandats, nachdem der Präsident öffentlich sein Misstrauen gegenüber seiner Armee bekundet hatte.

„Mit Blick auf die Jammeh-Anhänger in den Streitkräften und unsere Bemühungen zur Säuberung des Systems besuchte der Stabschef nach seiner Ernennung im Jahr 2017 sämtliche militärischen Einrichtungen im Land; er wollte sich einen Überblick verschaffen, um zu wissen, was zu tun, wer auf welche Position zu setzen und wie der aktuelle Stand der Dinge zu beurteilen ist“, sagte der Armeesprecher in einem Exklusivinterview.

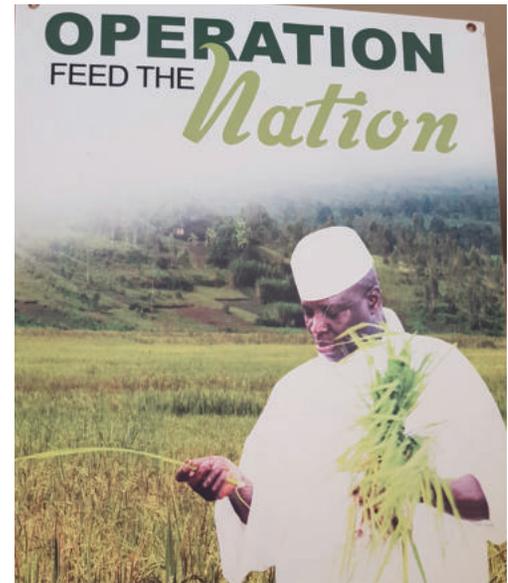
Ihm zufolge hat für die Armeeführung Professionalisierung oberste Priorität. „Nach der neuen Vorstellung ist die Armee eine unpolitische, nicht an Stammeszugehörigkeit orientierte und vor allem professionelle Organisation, die für die Erfüllung ihres verfassungsmäßigen Auftrags gerüstet ist“, sagte er.

Major Sanyang räumte jedoch ein, dass ihnen in den



The Breakthrough in Traditional Medicine  
The use of traditional medicine is championed by President Jammeh

**Ob als Wunderheiler, der alles von Asthma und Unfruchtbarkeit bis hin zu HIV / AIDS behandeln konnte, oder als Ernährer der Nation – Diktator Jammeh inszenierte einen öffentlichkeitswirksamen Personenkult um sich selbst. Diese Propaganda über ihn ist auch lange nach Ende der Diktatur noch im Triumphbogen „Arch22“ ausgestellt.**



letzten 22 Jahren unter Jammeh politische und stammespezifische Tendenzen Probleme bereitet hätten. „Wir leugnen die Politisierung der Streitkräfte unter Jammeh nicht. Er betrachtete die Armee als seinen persönlichen Besitz, und Armeeingehörige zeigten offen ihre politische Ausrichtung“, gab er zu.

Der Jugendhelfer Lamin Kundeh sagte, er unterstütze die Entscheidung des Präsidenten, eine Erweiterung des ECOMIG-Mandats im Land zu beantragen. „Aufgrund der Zusammensetzung der Streitkräfte fehlte dem jetzigen Regierungschef bei seiner Machtübernahme das Vertrauen in sie. Er bemühte sich mehrfach um die Mandatserweiterung der regionalen ECOWAS-Truppen, bis er der eigenen Armee vertrauen kann. Mit dieser Entscheidung bin ich einverstanden“, sagte er.

Dagegen ist Madi Jobarteh, ein bekannter Menschenrechtsaktivist, der Ansicht, dass Präsident Barrow, wenn er seine Vision von einem ‚neuen demokratischen Gambia‘ verwirklichen will, ein komplett neu besetztes Team von Profis braucht. „Nur eine neue Führungsgruppe wird den Weg zu einem Systemwechsel ebnen und Leistungsfähigkeit garantieren. Ehemalige Sicherheitsoffiziere des Jammeh-Regimes in strategischen Positionen zu belassen, wird diese Entwicklung bestenfalls verzögern und schlimmstenfalls zum Scheitern bringen“, sagte er.

Ob in Armee, Polizei, Nachrichtendienst oder Strafvollzugsbehörden: Nach Jobartehs Ansicht braucht das Land eine neue Führungsriege, die sich dem Systemwechsel verschreibt. „Andernfalls wird Barrow nichts anderes tun als seine eigene Herrschaft zum Scheitern bringen und sich damit selbst als grandiosen Versager krönen, was die Gambier\*innen ihm nie verzeihen dürfen. Barrow weiß, woher Gambia kam, was passierte und wer dafür verantwortlich war. Folglich würde das bewusste Festhalten an diesen Helfershelfer\*innen aus welchem Grund auch immer bedeuten, die Hoffnungen seiner gambischen Mitbürger\*innen zunichte zu machen – ein Verrat an den Märtyrer\*innen und der gesamten Bevölkerung. Es gibt genug fähige und

wohlgesinnte Fachleute, die kompetent in jedem Bereich unsere Sicherheitssektors dienen und die erwarteten Ergebnisse liefern können“, betonte er. Seiner Ansicht nach sollte der Präsident die nötige Führungsstärke und Verantwortung zeigen, indem er die richtigen Leute bestimmt und dazu beruft, ihre Arbeit richtig zu machen.

### Schätzt die gambische Armee ECOMIG?

„Nun, ECOMIG hat ein Mandat und dieses Mandat läuft, soweit ich weiß, bald aus. Es deutet aber alles darauf hin, dass es vermutlich verlängert wird“, sagte Major Sanyang im Mai dieses Jahres.

Nachdem ECOWAS Barrows Antrag angenommen hatte, wurde das Mandat vor kurzem auf drei Jahre verlängert.

Sanyang dementiert die im Internet kursierende Behauptung, zwischen den beiden Streitkräften gebe es Differenzen. „Unsere Aktivitäten wie die gemeinsamen Patrouillen sind aufeinander abgestimmt. Bis jetzt gab es keinerlei Reibungspunkte mit ihnen“, sagte er.

### Mehr Gewaltdelikte mit Schusswaffen

Es gab einige Vorfälle im Land, bei denen bewaffnete Männer Banken und Tankstellen überfielen, um Geld zu erbeuten. Gambier\*innen wurde die Furcht eingeflößt, die bewaffneten Männer könnten desertierte Armeeeoffiziere sein, die weiterhin loyal zu Jammeh stehen.

„Ich bin Geschäftsfrau und fühle mich in diesem Land nicht mehr sicher. Wir haben erlebt, dass bewaffnete Gangster Geschäftsinhaber\*innen überfallen und sie mit dem Tod bedrohen, wenn sie ihr Geld nicht herausrücken. Das ist für uns nicht hinnehmbar. Ich habe schon wiederholt daran gedacht, mein Geschäft aufzugeben, schließlich könnte ich das nächste Opfer sein“, ereiferte sich Mariatou Fatty, die ihre Ware auf dem größten Markt des Landes in Serekunda verkauft.



**Die Präsenz von Truppen der ECOMIG aus verschiedenen westafrikanischen Staaten ist weiterhin sichtbar.**

Auch Binta Manneh geht davon aus, dass die bewaffneten Männer Armeedeserteure waren, da solche Schusswaffen sich nicht im Besitz einfacher Bürger\*innen befinden. „Es könnten entweder Jammehs Anhänger innerhalb der Armee sein oder solche, die sie nach Jammehs Machtverlust verlassen haben. Ich kann all diese Sicherheitspannen der letzten Zeit nicht verstehen. Früher gab es so etwas nicht. Warum jetzt?“, fragte sie voller Enttäuschung.

Der Armeesprecher widersprach jedoch Befürchtungen, dass es Deserteure sind. „Wie man weiß, haben wir 22 Jahre Diktatur hinter uns, und in dieser neuen Demokratie haben Menschen zunehmend die Tendenz, ihre neu gewonnene Freiheit zu missbrauchen“, sagte er.

Inzwischen räumte auch der Polizeisprecher Superintendent David Kujabi eine Zunahme der Kriminalität im Land ein. Allerdings bestritt auch er, dass dabei Handlanger von Jammeh involviert sind. „Es gibt keinerlei Beweis dafür, dass diese bewaffneten Kriminellen Jammeh-Anhänger sind. Nicht der geringste Hinweis deutet darauf hin“, sagte er. Kujabi sieht den Grund für den Anstieg der Kriminalitätsrate in letzter Zeit in der Arbeitslosigkeit vieler junger Gambier\*innen.

### **Jammeh-Unterstützer\*innen beschuldigen die Polizei der Voreingenommenheit**

Von 2017 bis 2018 gab es zahlreiche Zusammenstöße zwischen den Unterstützer\*innen des ehemaligen Präsidenten und der neuen Führung. Bei einem davon in Barrows Heimatdorf erlitten Unterstützer\*innen von Jammehs APRC (Bündnis für patriotische Neuausrichtung und Aufbau), die auf Wahlkampftour waren, schwere Verletzungen. Ein anderer Zwischenfall ereignete sich rund 25 Kilometer von Banjul entfernt in Busumbala und endete nach Steinwürfen von beiden Seiten ebenfalls mit Verletzungen.

„Wir haben nicht das Gefühl der Gleichbehandlung. Man hat uns mehrfach angegriffen, und meistens sind hauptsächlich unsere Anhänger verletzt, aber getan hat sich deswegen noch nichts. Ich glaube nicht, dass uns in diesem

Land noch einmal Gerechtigkeit widerfährt“, klagte Ebrima Tamba vom APRC.

Er bezichtigte die Polizei der Ungleichbehandlung in mehreren Fällen, in denen erst gar nicht ermittelt wurde. Diese Anschuldigung wies der Polizeisprecher jedoch zurück. „Es wurden sehr wohl Ermittlungen durchgeführt, aber ich weiß nicht, was sie letztlich ergeben haben. Vermutlich kam es zu keiner Anklage, weil nicht eindeutig ein oder zwei Schuldige auszumachen waren und man das ganze Dorf hätte festnehmen und vor Gericht stellen müssen“, lautete Kujabis Reaktion.

### **Opfer angesichts der geringen Fortschritte in Richtung Gerechtigkeit „ohne Hoffnung“**

Zahlreiche Opfer von Menschenrechtsverletzungen unter der 22-jährigen Jammeh-Herrschaft sind in der Hauptstadt Banjul zusammengekommen, um ihre Enttäuschung darüber zum Ausdruck zu bringen, dass die Regierung die Etablierung von Rechtsmechanismen, mit denen ihre Probleme in Angriff genommen werden könnten, nicht mit größerem Nachdruck vorantreibt.

Die Protestierenden sagten, mit ihrer Demonstration in der Innenstadt wollten sie der neuen Regierung ein deutliches Zeichen geben, dass sie nicht nachlassen würden, Gerechtigkeit für mutmaßliche Ermordungen, Folter und Verschwindenlassen unter der 22-jährigen Herrschaft Jammehs zu verlangen.

„Wir wollen nur Gerechtigkeit. Um uns Gehör zu verschaffen, haben wir uns deshalb am Zentrum des gambischen Rechtssystems versammelt“, sagte Isatou Marong im April letzten Jahres vor Journalist\*innen.

Der geschäftsführende Sekretär der Wahrheits-, Versöhnungs- und Entschädigungskommission TRRC, Baba Galleh Jallow, bittet jedoch um Geduld, während das Verfahren ausgearbeitet wird.

Anfang Oktober war die TRRC endlich ins Leben gerufen worden, um Menschenrechtsverletzungen unter der Jammeh-Herrschaft aufzudecken und dem Präsidenten Empfehlungen über die Art und Weise der Wiedergutmachung und der Versöhnung zwischen verfeindeten Gambiern zu geben.

*Kebba Jeffang ist Journalist, arbeitet als Präsidentschaftskorrespondent und leitender Politikredakteur für das „Fodaya Newspaper“ und internationale Nachrichtenagenturen. Er ist derzeit Präsident des „Verbandes junger Journalisten in Gambia“ (YJAG) sowie ein Mitglied im geschäftsführenden Vorstand der „Gambia Press Union“ (GPU).*

# Auf der Suche nach einer Stimme und nach der Freiheit

## Die Situation der Frauen in Gambia

Aus dem Englischen übersetzt von Marlene Popp

Gambia ist eine höchst patriarchale Gesellschaft, in der männliche Dominanz und Überlegenheit im geschichtlichen und kulturellen Hintergrund verwurzelt ist. Dies drückt sich primär in der hohen Rate der geschlechtsspezifischen Gewalt, Frauenhandel für häusliche Dienstleistungen, weiblicher Genitalverstümmelung und ganz besonders in Kinderheirat aus. Mädchen, die solchen Praktiken ausgesetzt sind, sind anfällig für viele lebensbedrohliche Probleme, besonders in den Bereichen Gesundheit und allgemeinem Wohlbefinden. Obwohl Gambia viele internationale und regionale Abkommen unterzeichnet hat, die die Praktiken der weiblichen Genitalverstümmelung (englisch: female genital mutilation, kurz FGM) und Kinderheirat verbieten, ist es noch nicht lange her, dass diese verletzenden, traditionellen Praktiken in unserem Land wirklich verboten wurden. Die präsidiale Verkündung des Verbots von FGM im Jahr 2015 hat viele überrascht und wurde von Aktivist\*innen gefeiert, die über drei Jahrzehnte gegen diese Praktik gekämpft haben. Die gesundheitsgefährdende Praktik an gambischen Frauen ist immer noch aktuell und viele Mädchen und Frauen sind mit den Konsequenzen in Form von Missbrauch, Menschenhandel und Beschneidungen der weiblichen Babys konfrontiert. Eine Konsequenz ist, dass mindestens 20% der Frauen nach Europa oder anderswo fliehen und das suchen, was sie als „Stimme und Freiheit“ beschreiben.

### Kinderheirat und weibliche Genitalverstümmelung

Laut einer Studie der Thomas-Reuters-Stiftung wurden in Gambia 54.8% der Frauen im Alter von 15-49 vor ihrem fünften Lebensjahr beschnitten; 28.1% im Alter zwischen fünf und neun Jahren. „Schnitt, Fleisch entfernt/Klitoris“ ist die gängigste Verfahrensweise der angewandten FGM. 95.7% der FGM wird von „traditionellen Beschneidern“ ausgeführt. 65% der Frauen, die von FGM gehört haben, finden, dass die Praktik weitergeführt werden sollte.

Fatou Keita ist ein Opfer der Zwangs- und Kinderheirat und wurde im Alter von zwei Jahren beschnitten. Sie verließ Gambia vor zwei Jahren und nahm den lebensgefährlichen Weg über das Mittelmeer auf sich, bevor sie Deutschland erreichte. Heute ist sie eine Asylsuchende in Baden-Württemberg. Fatou floh nach einer Zwangsheirat im Alter von 15 Jahren aus Gambia. „Ich wurde gezwungen mit 15 Jahren meinen 50 Jahre alten Onkel mit zwei weiteren Frauen zu heiraten. Dies hielt mich davon ab meine Bildung abzuschließen. Als Teenager und

Frau hatte ich kein Recht darauf zu bestehen oder mich gegen die Entscheidung meiner Eltern aufzulehnen.“ Fatou, deren Namen geändert wurde, um sie zu schützen, sagte, sie litt in einer polygamen, zwanzigköpfigen Familie, bevor sie diesen Zuständen entkommen konnte. „Meine Rechte als Frau und Kind wurde in dem Moment beschlagnahmt, als ich zur Braut wurde. Ich wurde eine Vollzeithausfrau und eine Marktverkäuferin anstelle eines normalen Kindes und einer normalen Schülerin. Ich wurde gegen meinen Willen dazu gezwungen einen Mann zu heiraten, den ich nie liebte und ging während meiner dreijährigen Ehe durch die Hölle.“

Nach den Worten der 20-jährigen geflüchteten Frau nahm sie die Hilfe eines Freundes in Anspruch, um das Land verlassen zu können. „Ich wusste nie etwas über die Route nach Europa durch Libyen, bevor ich mich vor zwei Jahren auf den Weg machte. Ich gab über 2000 Euro aus, um Deutschland zu erreichen, und musste mehrere Monate die Zustände an der libyschen Küste erdulden. Ich wurde vergewaltigt, gefoltert, misshandelt und verhaftet, bevor ich auf das Boot nach Italien stieg“, erzählt Fatou in ihrem kleinen Containerraum, den sie mit drei anderen Geflüchteten bewohnt, und kann ihre Tränen nicht mehr zurückhalten, wenn sie von den Erinnerung an zu Hause eingeholt wird. „Diese Kultur, unsere Frauen beim Entscheidungen treffen zum Schweigen zu bringen, sollte abgeschafft oder gesetzlich strafbar gemacht werden. „Wenn dies nicht passiert“, fügt sie hinzu, „werden noch mehr unserer jungen Frauen und Teenager diesem gottlosen Akt ihrer eigenen Eltern und Familien unterworfen“.

Fatou, die ihre derzeitige Flucht auch als Rehabilitation von Missbrauch und Traumatisierung beschreibt, sagte, sie leide weiterhin unter gesundheitlichen Einschränkungen, seitdem ihre Klitoris im Alter von zwei Jahren entfernt wurde. „Ich wurde beschnitten, als ich zwei war, und habe immer noch Schmerzen und Gesundheitsprobleme. Ich habe Menstruationskrämpfe und blute jedes Mal, wenn ich Kontakt (Sex) mit einem Mann habe“. Fatou lebt nun ein selbstbestimmtes Leben in Deutschland, ohne jeglichen Kontakt zu ihrer Familie in Gambia. „Ich habe entschieden, den Kontakt zu meiner Familie abzubrechen, da ich einem Leben entflohen bin, das mich jederzeit wieder erwartet, wenn ich nach Hause zurückkehre. Sie könnten mich leicht aufspüren und zurück zu meinem Ex-Mann bringen, was das Letzte ist, was ich jemals tun möchte.“

Der „Women’s Amendment Act“ aus dem Jahr 2015 verbietet Genitalverstümmelung und schreibt strenge Strafen

für Täter vor. Ein weiterer Lobbyerfolg der Aktivist\*innen ist der jüngste „Children’s Amendment Act“ aus dem Jahr 2016, der eine klarere und aussagekräftigere Definition darüber lieferte, wer ein Kind ist und damit die vielen zweiseitigen Abschnitte des früheren Gesetzes von 2005 ersetzte, die die Praxis der Kinderehe gefördert hatten.

Aber die entscheidenden Fragen sind, ob das Verbot von FGM und Kinderheirat in Gambia deren Ausübung auch in der Realität beendet und wie die Gesellschaft, im speziellen die Männer, auf dieses Thema reagieren.

In einem kürzlich gegebenen Interview mit einem gambischen Nachrichtensender im Amtssitz des Staatspräsidenten beanspruchte der frühere Imam Abdoulaye Fatty, FGM als religiöse Pflicht und erklärte, dass jeder, der dagegen vorgeht, gegen die islamische Religion sei und „keine gute Zukunft haben solle“. Diese Aussage wurde von vielen als brutal und unerfreulich betrachtet, insbesondere von Feminist\*innen in Gambia und der Diaspora.

Alimatou Fatty ist eine derjenigen, die diese gesundheitsgefährdende Praktik an ihrer Tochter knapp drei Jahre nach dem Verbot von FGM ausübt. Einige Wochen vor unserem Gespräch reiste Fatty, die sich nur unter der Bedingung zitieren ließ, dass ihr echter Name nicht genannt wurde, da sie Angst vor Strafverfolgung hat, über den Fluss zum Dorf ihres Mannes, um ihre jüngste Tochter beschneiden zu lassen. Vehement rechtfertigt sie, ihre Zweijährige beschnitten zu haben. „Weibliche Beschneidung ist unsere Religion und Tradition“, sagt die große, gebrechliche Mutter von fünf Kindern in ihrer Ein-Zimmer-Wohnung. „Wenn Gambia nun eine Demokratie ist, warum sollte uns jemand davon abhalten, unsere Religion und Tradition auszuüben?“

Zwei Jahre nachdem das ehemals mit der eisernen Faust herrschende Staatsoberhaupt Yahya Jammeh ins Exil floh, genießen die Bewohner\*innen der winzigen westafrikanischen Nation neuentdeckte Freiheiten unter Präsident Adama Barrow, welcher Jammeh nach einem überraschenden Wahlsieg ablöste. Zur Bestürzung von Menschenrechtsaktivist\*innen kehren einige jedoch zurück zu gesundheitsschädlichen Praktiken, die der vorherige Präsident in einer seltenen Darlegung progressiver Werte während seiner 22-jährigen, autokratischen Herrschaft verboten hatte. Trotz des Verbots – von vielen als die schlimmste Praxis unter allen Normen beschrieben – wird FGM nach der Meinung vieler Expert\*innen und FGM-Aktivist\*innen wegen seiner starken patriarchalen Verwurzelung, die sich unter anderem kulturell und religiös äußert, immer ein Problem bleiben. FGM könnte weiterhin Frauen verletzen, da von vielen Mädchen und Ungeborenen verlangt wird, sich dieser Praktik zu unterziehen. Besonders da die aktuelle Regierung unter Präsidenten Barrow wenig bis nichts tut, um das Verbot von 2015, welches vom ehemaligen Präsidenten Jammeh verkündet wurde, aufrecht zu erhalten.

## Frauenhandel

Der Handel mit gambischen Mädchen und Frauen sorgt für eine ernsthafte Beunruhigung in Gambia. Medien deu-

ten an, dass diese grauenhafte Praktik im Mittleren Osten verbreitet ist.

Einige Opfer berichten davon, dass man ihnen ordentliche Arbeit im Nahen Osten in Aussicht gestellt hatte, und dass sie hierfür Geld an staatliche Stellen bezahlt haben. Es entsteht der klare Eindruck, dass Regierungsbeamte während des Jammeh-Regimes in den Jahren 2013-15 dieses kriminelle Unternehmen sowohl ermutigten als auch aktiv unterstützen. Der fortwährende Mut einiger versklavten Opfer führte zu Forderungen nach Hilfsmaßnahmen in dieser Sache. Dies alles sehen viele Menschen in Gambia als Inbegriff all dessen, was das Jammeh-Regime ausmachte. In dieser Zeit hat der gambische Staat diese unmenschlichen Handlungen gefördert und die Verantwortlichen ungestraft davonkommen lassen und gleichzeitig, angeblich im Namen der armen Bevölkerungen, Steuern von Menschenhändlern gambischer Frauen angenommen. Mindestens drei gambische Journalist\*innen wurden des Landes verwiesen und verurteilt, da sie über das Thema berichteten.

Ein kürzlich erschienener Bericht des Kerr-Fatou-Netzwerks berichtete über die fürchterlichen Erfahrungen einiger zurückgekehrter Frauen, die den Menschenhandel in den Nahen Osten erleiden mussten. Sie wurden schwer misshandelt, gefoltert und zum Teil lebendig verbrannt, während ein anderes Opfer seine Niere verlor.

Die 26-jährige Mariama Jobe aus Manjai wurde mit dem Versprechen auf ein besseres Leben zu einer Reise nach Kairo in Ägypten gelockt. Dort stellte sie fest, dass sie von einem Gambier an nigerianische Vermittler verkauft worden war. Der Mann, der sie mutmaßlich verschleppte, ein Einwanderungsbeamter, den sie als Gibril Ceesay bezeichnete, hatte ihr gesagt, dass ihr monatlich 450 Dollar bezahlt werden sollte. Jobe, die im Dezember 2014 ging und 2016 wiederkam, erfuhr erst bei ihrer Ankunft in Ägypten, dass das Geld für ihr Ticket und ihr Visum von ihrer monatlichen Bezahlung bezahlt werden würde. Einige Frauen wurden vom Online-Medienunternehmen Kerr Fatou interviewt und fast alle von ihnen haben körperliche Gewalt erfahren. Der Reporter berichtet von einem ihm vorliegenden WhatsApp-Video einer Gambierin, deren ganzer Körper von ihrem Boss verbrannt wurde. Die betroffene Frau, Kaddy Jammeh, die aktuell in Kuwait lebt, hatte das Video zunächst einem Gambier gezeigt, bei dem sie Hilfe suchte. Darauf sieht man, dass ihr ganzer Körper verbrannt ist, nachdem ihr Boss heißes Wasser über sie goss. Die entsetzlichen Wunden sind nur schwer anzusehen. „Ich musste früh am Morgen aufstehen, um das Haus und das Badezimmer zu putzen und das Frühstück zu zubereiten. Die Ärzt\*innen baten mich, kein Hemd anzuziehen,“ sagte sie, während sie ihre Wunden zeigte.

Medienberichten zufolge leben und arbeiten 2.8 Millionen afrikanische Frauen, Gambier\*innen mit einbezogen, im Nahen Osten. Vielen wurde der Pass bei der Ankunft abgenommen und einige finden sich gefangen in Häusern wieder, in denen sie mit Arbeit überlastet, unterbezahlt und physisch misshandelt werden. In einem kürzlich erschienenen Interview bei einem lokalen Radiosender sagte der gambische Touristik- und Kulturminister, dass

er eine Vereinbarung mit der saudischen Regierung treffen will, welche über 1000 junge Menschen aus Gambia, inklusive Frauen und einigen gut ausgebildeten Lehrern, erlaubt, in Saudi Arabien zu arbeiten. Dies geschieht auf Grund der hohen Jugendarbeitslosigkeit des Landes. Bah ist zuversichtlich, dass die Rechte der Jugendlichen gesichert und garantiert sein würde, bevor die Vereinbarung zwischen den beiden Regierungen endgültig unterschrieben wird.

Bereits über 1000 gambische Jugendliche arbeiteten und lebten allein in Saudi-Arabien. Trotz dieser großen Anzahl zielt die gambische Regierung weiterhin darauf ab, erneut so viele zu schicken. Besonders junge Menschen im ganzen Land und darüber hinaus verwendeten die sozialen Netzwerke, um auf die anhaltenden Missstände bei der Behandlung der auf Grundlage dieser bilateralen Vereinbarung nach Saudi Arabien geschickten jungen Gambier\*innen aufmerksam zu machen. Fatou Jeng war eines der Opfer. Sie wurde verkauft, um als Bedienstete in Saudi-Arabien zu arbeiten. Nun arbeitet sie mit ihrem Frauenteam, „Network of Girls Against Human Trafficking“ (Netzwerk von Mädchen gegen Menschenhandel), als Menschenrechtsaktivistin für Frauen und Mädchen, die als Bedienstete in den Nahen Osten geschickt werden.

Fatou Jeng appelliert eindringlich an die gambische Regierung, keine Frauen nach Saudi Arabien zu schicken und sagt: „Dieses Thema ist sehr ernst und wir sollten dem Minister nicht erlauben, diese falsche Entscheidung umzusetzen und unsere Jugend und besonders Frauen in den Nahen Osten zu schicken. Die erwähnten Vereinbarungen werden nie eingehalten. Unsere Frauen werden leiden und nie auf der Grundlage des geplanten oder unterschriebenen Vertrags arbeiten.“

Dabei spricht sie aus eigener Erfahrung: „Ich wurde heftig missbraucht, verletzt, geschlagen und eingesperrt, weil ich mich mit meinem Boss über die Arbeitskonditionen gestritten hatte.“ Ihr zufolge schaffte sie es aus diesen Verhältnissen, die sie als Sklaverei bezeichnet, zu fliehen. Nachdem sie einige Wochen im Gefängnis verbracht hatte, fand sie 2017 ihren Weg zurück nach Gambia.

## **Frauen kämpfen für selbstbestimmte Entwicklung**

Frauen haben in Gambia keinen vollen und gleichwertigen Zugang zur Sozialwirtschaft, Kultur, Emanzipation oder religiösen Glauben. Von politischen Institutionen der Gesellschaft sind sie größtenteils ausgeschlossen. Sie sind anfällig für alle Arten von Übergriffen wie Missbrauch, Diskriminierung, Menschenhandel und könnten dabei ihre Selbstachtung verlieren. Aber es gibt eine Gruppe von Frauen, die hart für Selbstbestimmung und Emanzipation kämpfen. Dieser Kampf hat einen ständigen Druck erzeugt. Der Druck in diesem Prozess ist allgegenwärtig und die treibende Kraft hinter den Bestrebungen der Frauen nach Freiheit reicht tief. Er hat sich in den verschiedenen Klassen der gambischen Gesellschaft durchgesetzt. Es gibt viele verschiedene Faktoren, die eine große Anzahl von gambischen Frauen zur Migration motivieren – trotz des

Risikos zurückkehren zu müssen, falls ihre Zielländer den Antrag auf Schutz (Asyl) ablehnen. Zu diesen Faktoren gehören die Arbeitslosenquote, verschiedene Ursachen für Frustration, einschließlich Früh- oder Zwangsheirat, oder Geschichten von anderen im Ausland erfolgreichen Menschen (finanziell und moralisch).

Die in der gambischen Gesellschaft vorherrschende Ideologie unterstützt Frauen nicht darin, Entscheidungen zu treffen oder sich sogar danach auszurichten alleine zu sein, abenteuerlustig zu sein oder sich in der Öffentlichkeit laut zu äußern. Einige gambische Haushalte missbilligen die Arbeit von Frauen, weil sie befürchten, dass dies die Wahrscheinlichkeit erhöht, dass sich Frauen verlieben oder sogar vor der Ehe schwanger werden könnten.

Vor dem Hintergrund dieser gesellschaftlichen Ideologie kämpfen Frauen darum selbstbestimmt zu sein. In Gambia sowie an vielen anderen Orten der Welt existieren verschiedene Formen der geschlechtsspezifischen Gewalt wie Vergewaltigung, häusliche Gewalt und verletzenden traditionellen Praktiken (FGM, Zwangs- und Kinderheirat). Um diese und andere Themen der Gewalt gegen Frauen anzusprechen, wurde im April 2009 das „Network against Gender Biased Violence“ (NGBV/Netzwerk gegen geschlechtsspezifische Gewalt) gegründet, welches eine Gruppe von NGOs und Regierungsinstitutionen in Zusammenarbeit mit FINDECO, eines finnischen Entwicklungsamts der Regierung, zusammenschließt. Das Ziel ist es neben anderen Frauennetzwerken wie „Girl’s Generation“, „Think Young Women“ und anderen ein Vorbeugungs- und Reaktionsprogramm gegen geschlechtsbedingte Gewalt (GBV/GBG) entstehen zu lassen. Das Netzwerk dient als Plattform für Aktionen und Diskussionen hinsichtlich geschlechtsspezifischer Gewalt in Gambia. Seine Mitglieder arbeiten, um geschlechtsspezifische Gewalt in Häusern, Schulen und anderen Orten zu eliminieren oder zumindest zu reduzieren.

Obwohl der Aufbau einer solchen Organisation gegen geschlechtsspezifische Gewalt und anderen verletzenden Praktiken gegen Frauen in Gambia von vielen als lobenswerte Initiative bezeichnet wird, scheinen ihre Bemühungen auf diese Art und Weise nicht dazu beizutragen, dass weniger Frauen aus dem Land fliehen. Viele Opfer von Kinder- und Zwangsheirat sagen, die Organisation müsse einige Schlupflöcher schließen, die sie daran hindern, gegen die Familien der Opfer vorzugehen. Den Aufträgen der Organisationen seien jedoch Grenzen gesetzt, und sie erheben keine Anklage gegen die Familien der Opfer, sondern suchen den Dialog mit diesen.

Die unterschiedlichen Volksgruppen spielen eine wichtige Rolle in der Kultur Gambias. Dies führt dazu, dass häufiger die Stammesältesten zur Konfliktlösung herangezogen wird anstatt rechtliche Schritte einzuleiten. Deshalb sind viele Frauen in ihren eigenen Häusern nicht sicher, was sie zur Flucht in ein sichereres Leben veranlasst.

*Die Autorin ist Aktivistin und Journalistin und bleibt auf eigenem Wunsch anonym*

# Gefangen in Freiheit

## Das Schicksal von LGBTQ in Gambia

Von Sanna Camara

Aus dem Englischen übersetzt von Sofia Garcia Slamal

Die offizielle gambische politische Linie zu LGBTQ ist, dass Homosexualität nie ein Thema in Gambia war. Das sagte Präsident Barrow im Februar 2017 gegenüber der EU-Delegation, kurz nachdem er in sein Amt eingeschworen wurde. Im April 2018 wiederholte Barrow das gleiche Statement im Chatham House in London, als er ein Treffen der Staatsoberhäupter des Commonwealth besuchte.

Dies ist weit entfernt von der früheren offiziellen Politik zu LGBTQ in Gambia unter dem früheren Präsidenten Yahya Jammeh. Dieser benutzte offen Ausdrücke wie „ihre Köpfe und Genitalien abschneiden“ als Reaktion auf das Thema. Jammeh befand es als eine sehr „unnatürliche Ordnung der Natur“ – eine Sichtweise, die viele Menschen in Gambia teilen. Das Land hat eine zu 95% muslimische Bevölkerung. Soziokulturelle Werte werden sehr stark bewahrt.

Als die EU mehr als 33 Millionen Euro Hilfgelder für Gambia wegen der sich verschlechternden Lage der Menschenrechte und Angriffen auf die LGBTQ-Gemeinschaft zurückhielt, wehrte sich der Diktator umso stärker gegen LGBTQ – er verkündete der Nation, dass er dafür bestraft würde, die LGBTQ in Gambia nicht zu tolerieren. Die öffentliche Meinung folgte der seinen.

Manche Kritiker deuteten Jammehs anti-LGBTQ Haltung so, dass er die LGBTQ zum politischen Sündenbock in Zeiten kriselnder Wirtschaft und steigender Unzufriedenheit in Gambia machte. „Er brauchte etwas, ein Ziel, um das herum er das Volk zusammenführen konnte. Also suchte er einen Sündenbock aus und holte, sich hinter angebliche Werte stellend, zu einem Schlag gegen LGBTQ-Personen aus“, sagte Josh Scheinert, ein Kanadier, der früher Professor an der University of The Gambia war und kürzlich ein Buch mit dem Titel „Die natürliche Ordnung“ über dieses Thema in Gambia geschrieben hat.

Gambias Ex-Präsident hatte für Homosexualität nur Hass und Verachtung übrig. Im September 2013 beispielsweise sagte Jammeh, dass Homosexualität „tödlicher als alle Naturkatastrophen zusammen“ sei. In einer Bittschrift an die UNO-Vollversammlung stellte er Homosexualität neben „Habgier“ und „Besessenheit, die Welt zu dominieren“ als die drei „größten Gefahren für die menschliche Existenz“ dar.

„Ich denke, vieles an Jammeh war verblüffend. Es ist trotzdem wichtig, seine Worte in ihrem korrekten Kontext zu betrachten. Jammeh wurde vor allem gegen Ende seiner Herrschaft immer hasserfüllter in seiner Wortwahl. Sicher gab es ein gewisses Maß an Vorurteilen gegen LGBTQ in Gambia, auf die er dabei aufbauen konnte, aber man darf die Zweckmäßigkeit seiner Aussagen nicht missachten“, argumentiert Scheinert.

Das ist der Hauptgrund, warum Präsident Adama Barrow Homosexualität nicht mehr als Thema in Gambia ansieht. Jedoch ist es vielmehr wahrscheinlich, dass die gesetzliche Kriminalisierung von homosexuellen Handlungen in Gambia, die bereits gegen internationales Recht verstößt, bereits ausgedehnt und willkürlich genutzt werden kann, wie Rechtsorganisationen warnen.

Auf einen homosexuellen Akt stehen bereits mindestens 14 Jahre Freiheitsstrafe. Im Mai 2008 verkündete Jammeh, dass Gesetze „strenger als die im Iran“ gegen Homosexuelle eingeführt werden würden. Er schwor, jedem Homosexuellen, der im Land gefasst würde, „den Kopf abzuschneiden“. Am 15. Mai 2008 gab Jammeh den Homosexuellen 24 Stunden, um das Land zu verlassen. Er wies außerdem an, dass „alle, die solchen Individuen Unterschlupf gewähren, diese von ihrem Grundstück werfen sollen, mit dem Hinweis, dass auf Anweisung des Generalhauptinspektors der Polizei und dem Direktor der gambischen Einwanderungsbehörde eine Massen-Patrouille durchgeführt würde, um die schlechten Elemente der Gesellschaft auszumerzen“.

Präsident Jammeh sagte in einer Rede vor frisch beförderten Vorgesetzten des Militärs am 7. Dezember 2009: „Wir werden Lesbianismus und Homosexualität im Militär nicht fördern. Es ist ein Tabu in unseren Streitkräften. Ich werde jeden Soldaten in Gambia, der verdächtig wird, schwul oder lesbisch zu sein, feuern. Wir brauchen keine Schwulen in unserem Militär.“ Jammeh wies außerdem die Führungskräfte an, die Aktivitäten ihrer Untergebenen zu überwachen und sich um Soldatinnen zu kümmern, die zu lesbischen Handlungen im Militär neigten.

Laut einem Telegramm vom US Botschafter an die Außenministerin der USA am 26. Februar 2010 gab Jammeh zu, dass Schwule im Land seien, wobei er nie „irgendjemandes Kopf abgeschnitten“ habe oder einen von ihnen verhaftet hätte. „Es sind Schwule hier in Gambia, ich weiß das. Aber sie leben im Geheimen und das ist in Ordnung für mich, solange sie ihrem Geschäft im Privaten nachgehen, stört es uns nicht. Aber wenn man davon spricht, in diesem Land zu heiraten, so wird das nie passieren. Wir werden Schwule nie akzeptieren.“, wird Jammeh zitiert.

Der 2011er Bericht über Menschenrechte des US Außenministeriums befand, „dass es starke soziale Diskriminierung gegen LGBTQ-Individuen gibt, von denen manche gemieden würden“, obwohl „es keine berichteten Fälle physischer Gewalt gegen LGBT in diesem Jahr gab“.

Der Informations- und Kommunikationsminister Demba Jawo sagte der Presse außerdem in einer monatlichen Konferenz im April, dass Gambia „frei für alle, inklusive Homosexuelle“ sei.

Dass LGBTQ akzeptiert werden oder man sich mit ihnen arrangiert, ist dennoch sowohl jetzt als auch in der Zukunft hochgradig unwahrscheinlich. Als Präsident Adama Barrow im März zum Treffen der Staatsoberhäupter des Commonwealth in London reiste, wurde er zum Thema der Rechte Homosexueller in Gambia befragt.

In Reaktion auf den Vorschlag der britischen Premierministerin May, gleichgeschlechtliche Ehen im ganzen Commonwealth zu entkriminalisieren, antwortete der Präsident nur, dies sei kein Thema in der Hauptstadt Banjul. Doch da die Gesellschaft in Gambia sehr konservativ ist, wurde diese Aussage als Billigung von Homosexuellenrechten gesehen, denn der Präsident hatte die Chance nicht genutzt, das LGBTQ-Thema öffentlich zu verurteilen. Die Situation für LGBTQ in Gambia wird sich niemals ändern, solange die Regierung das Thema nicht ernst nimmt.

Nachrichten – auch WhatsApp Audioaufnahmen – verbreiteten sich viral über die sozialen Medien. In manchen von ihnen wurde der Präsident schlecht gemacht und sogar beleidigt und als Sklave der westlichen Entwicklungshilfe bezeichnet, der bereit sei, die Moral und Kultur seines Volkes für Hilfgelder zu verkaufen.

Der Imam Baba Leigh, der einer der entschiedensten Unterstützer des Barrow Regimes und früherer Kritiker der Jammeh-Diktatur war (wofür er festgenommen, eingesperrt und monatelang gefoltert wurde, bevor er schließlich ins Exil ging), schaffte es auf die Titelseiten der Zeitungen damit, es „inakzeptabel“ zu nennen, dass Präsident Barrow die Rechte der Homosexuellen billige.

Mitte dieses Jahres war ich Teil eines Kommunikationsseminars, dessen Teilnehmer\*innen sich aus Mitgliedern von Behörden und des Sicherheitssektors zusammensetzten. Eines der Themen dort war gender-sensible und religiöse Kommunikation. Als wir gefragt wurden, was unsere Sicht auf LGBTQ sei, sagten mehr als 80% der Teilnehmer\*innen, sie sähen es als „unnatürlich“ und „inakzeptabel“ an. „Ich werde jedes homosexuelle Familienmitglied enterben“, sagte ein Angestellter der Regierung.

Im Januar 2017, als sich die Gemeinschaft der im Exil lebenden Gambier\*innen in Dakar traf, um zu überlegen, wie sie nach dem Abdanken von Jammeh ins Land zurückkehren konnten, brach eine Frau, die aufgrund des Verdachts, lesbisch zu sein, vom Geheimdienst unter Jammeh festgenommen und gefoltert worden war, in Tränen aus. „Ich kann nirgends mehr hin. Meine Familie hat mich enterbt und verkündet, ich sei nicht länger ihre Tochter, als ich festgenommen wurde, weil ich verdächtigt wurde, lesbisch zu sein. Mein Umfeld wird mich nicht akzeptieren, wenn ich zurückkehre“, sagte sie weinend. Anfang März half ich einen schwulen Mann zu retten, dessen Leben von einem betrunkenen gambischen Freund in seinem Haus (wiederholt) bedroht wurde. Ich brachte die Angelegenheit mit Unterstützung eines Menschenrechtsanwaltes (der seine Verwunderung nicht verbergen konnte, dass ich mich für LGBTQ-Rechte in Gambia einsetze) zu Polizei. Selbst bei der Polizei konnte man aus den Äußerungen der Polizeibeamt\*innen die Verachtung gegenüber Homosexuellen deutlich heraushören. Normalerweise gehen LGBTQ nicht einmal zur Polizei, weil sie die berechtigte Angst haben von der Polizei diskriminiert oder verachtet zu werden anstatt Hilfe zu bekommen.

Dies zeigt, dass die gambische Gesellschaft LGBTQ-Personen nicht akzeptieren würde, selbst wenn die Regierung deren Rechte politisch anerkennen würde – was bislang noch nicht der Fall ist. Das neue Gambia mag also vielen Freiheit bringen, aber noch nicht den LGBTQ.

*Sanna Camara ist Menschenrechtsaktivist und investigativer Journalist in Gambia. Wegen seiner Reportagen zu den Zeiten Jammehs musste er drei Jahre im Exil leben. Derzeit arbeitet er als Medienverantwortlicher für das Büro des gambischen Präsidenten.*

# Schlusswort

Von Julian Staiger

Gambische Expert\*innen haben in den vorherigen Texten beschrieben, welchen Weg Gambia hinter sich hat, aber auch welche Schwierigkeiten zwei Jahre nach „Gambia has decided“ noch bestehen. Die gambische und deutsche Politik ist dabei direkt und indirekt schon lange verschränkt. Sei es durch Kolonialisierung, Klimawandel oder die relativ große gambische Exilcommunity in Deutschland.

Diese globale Verschränkung führt dazu, dass deutsche Innen- und Außenpolitik einen direkten Einfluss auf die Entwicklung des demokratischen Gambias haben kann. Der Schluss der Broschüre soll daher deutsche Politiker\*innen darüber informieren, wie eine sinnvolle Unterstützung Gambias aussehen kann.

Gambia bietet, mit dem Ende der Diktatur, deutschen Politiker\*innen die große Chance zu zeigen, ob sie die Bekämpfung der Fluchtursachen wirklich ernst meinen, oder ob es sich bei der Aussage nur um eine wohlmeinende Floskel handelt. Wenn Deutschland wirklich helfen will, die Fluchtursachen in Gambia zu bekämpfen, muss es Gambia Zeit geben. Es ist traurig zu sehen, dass einige Politiker\*innen mit dem Regierungswechsel in Gambia Maßnahmen ergreifen wollen, um mehr abschieben zu können. Damit setzt sich eine traurige Politik der Nichtanerkennung der gambischen Realität in Deutschland fort. So war bereits zu Zeiten der Diktatur die Anerkennungsquote gambischer Geflüchteter extrem niedrig. Die Gründe dafür mögen vielseitig sein, zeigen aber, dass den Gefahren, denen Menschen in Gambia ausgesetzt waren und sind, bisher eine relativ geringe Bedeutung zugemessen wurde. Das Land hat weiterhin mit einer Vielzahl an Problemen zu kämpfen und allein die Aufarbeitung der Diktatur und die wirkliche Veränderung des Machtapparats wird wohl viele Jahre dauern.

Eigentlich müssten gerade wir Deutschen wissen, wie viel Zeit die Aufarbeitung einer Diktatur benötigt, und um es ganz klar zu sagen: Wer in der aktuellen wirtschaftlichen und politischen Situation Abschiebungen nach Gambia forciert, nimmt das Risiko in Kauf, neue Fluchtursachen zu schaffen anstatt diese zu bekämpfen. Ein weiterer effektiver Schritt zur Bekämpfung der Fluchtursachen ist die Unterstützung von und der wirkliche Dialog mit bereits in Deutschland lebenden Gambier\*innen. Es gibt wahrscheinlich keine effektivere Entwicklungszusammenarbeit als Gambier\*innen zu fördern, die bereits hier leben. Anstatt Arbeitsverbote zu verhängen sollten gerade sie mit Ausbildung, Schule und Berufsmöglichkeiten unterstützt werden. Das BIP Gambias beruht zu 22% aus Geldtransfers von Exilgambier\*innen, so dass die Unterstützung von Gambier\*innen in Deutschland gleichzeitig auch die direkte Unterstützung von Menschen in Gambia ist. Eine direktere und sinnvollere Entwicklungszusammenarbeit ist kaum vorstellbar. Entwicklungszusammenarbeit kann in einer ökonomisch globalisierten Welt auch nicht

frei von äußeren Bedingungen betrachtet werden. Solange europäische Konzerne das Meer vor der westafrikanischen Küsten fast leer fischen und subventionierte europäische Hähnchenschenkel die lokalen Märkte zerstören, ist es fast zynisch, Unterstützungsprogramme für gambische Fischer\*innen aufzulegen und Rückkehrer\*innen dazu motivieren zu wollen, Hühnerfarmen zu betreiben.

Es wäre wünschenswert, dass deutsche Politiker\*innen einen wirklichen Dialog mit Gambier\*innen in Deutschland führen. Sie sind die Expert\*innen für ihr Heimatland und sollten gefragt werden, welche Schritte Deutschlands Gambia helfen oder schaden. Genauso bereichernd wäre es, die gambische Bevölkerung in Deutschland offensiv nach ihrer Meinung zu Nachwirkungen der Kolonialzeit, dem Rassismus oder dem Afrikabild vieler Deutscher zu befragen und sich zu überlegen, wo Deutschland von Gambia lernen kann. So würden symbolische Akte, die in Gambia als Zeichen religiöser Toleranz betrachtet werden, hier wahrscheinlich vollkommen andere Diskussionen nach sich ziehen. Es sei nur an die Heftigkeit der Debatten erinnert, die die Aussage „der Islam gehört zu Deutschland“ ausgelöst hatte. Und auch die Aufnahme Geflüchteter scheint in Gambia unkomplizierter zu funktionieren. Als eine größere Anzahl an Menschen vor der Diktatur Liberias und dem Bürgerkrieg Sierra Leones auch nach Gambia floh, verlief dies relativ ruhig. Asylsuchende in Gambia sind rechtlich weitgehend der gambischen Bevölkerung gleichgestellt und deren Aufnahme löste keine rassistische Debatten und hektische Gesetzesverschlechterungen aus. Auch zeigt die westafrikanische Wirtschaftsgemeinschaft (ECOWAS), wie die politische Realität relativ offener Grenzen funktionieren kann, ohne sich dabei gegen die umliegenden Länder abzuschotten. Abschließend will ich mich bei den vielen Menschen in Gambia und Deutschland bedanken, die sich entgegen allen Widrigkeiten für eine Welt einsetzen, in der Menschenrechte und Humanität nicht nur Floskeln, sondern Realität sind. Menschen in Gambia haben gezeigt, dass zivilgesellschaftliches Engagement sogar einen Diktator stürzen kann und auch in Deutschland hat der „Herbst der Solidarität“ in Hamburg, Berlin, aber auch in Baden-Württemberg sichtbar gemacht, wie viele Menschen für Antirassismus und ein gutes Zusammenleben stehen. Ganz besonders sei hier an die vielen aktiven Geflüchteten gedacht, die leider öffentlich viel zu selten wahrgenommen werden (daher ein letzter Buchtipp: „Die Bleibenden“ von Christian Jakob). Es bleibt zu hoffen, dass deutsche Politiker\*innen diese Signale ernst nehmen und sich die vielen engagierten Bürger\*innen in Zukunft endlich wieder in den politischen Entscheidungen wiederfinden können.

*Übrigens: Im aktuellen Rundbrief (1/2019) des Flüchtlingsrats Baden-Württemberg finden Sie einen Artikel mit aktuellen Informationen zum Thema Abschiebungen nach Gambia.*

# Eintreten!



*Für eine menschliche Flüchtlingspolitik*

Geschäftsstelle  
Hauptstätter Str. 57  
70178 Stuttgart  
Tel: 0711-55 32 83-4  
Fax: 0711-55 32 83-5  
info@fluechtlingsrat-bw.de  
www.fluechtlingsrat-bw.de  
www.facebook.com/fluechtlingsrat.bw  
www.youtube.com/c/FluechtlingsratBadenWuerttembergeV

Vereins- und Spendenkonto  
Flüchtlingsrat Baden-Württemberg e.V.  
GLS Bank  
Kto. Nr. 70 07 11 89 01  
BLZ 430 609 67  
IBAN: DE66 4306 0967 7007 1189 01  
BIQ: GENODEM1GLS

## Was macht der Flüchtlingsrat Baden-Württemberg?

### Der Flüchtlingsrat Baden-Württemberg ...

- unterstützt die Arbeit lokaler Asylkreise mit Beratung, Fortbildungen, Veranstaltungen, Vernetzung und Infomaterial,
- informiert mit seinem Newsletter, seinem Rundbrief und seiner Website,
- tritt ein für eine menschliche Flüchtlingspolitik – durch Lobbyarbeit, Meinungsäußerungen, Aufklärung und Kampagnen,
- berät und vermittelt Flüchtlinge an kompetente lokale Beratungsstellen oder RechtsanwältInnen und unterstützt sie durch Anträge an den Rechtshilfefonds von PRO ASYL,
- organisiert Tagungen und Veranstaltungen zu flüchtlingspolitischen Themen,
- fördert die Vernetzung von Akteur\*innen der Flüchtlingsarbeit.

## ... und dafür brauchen wir Sie!

### Der Flüchtlingsrat ist ein gemeinnütziger Verein, dem Sie als Mitglied beitreten können

Als Mitglied ...

- helfen Sie durch Ihren Beitrag, dafür zu sorgen, dass unsere Arbeit auch zukünftig fortgesetzt werden kann,
- bekommen Sie alle neuen Veröffentlichungen des Flüchtlingsrates zugeschickt.
- können Sie auf unserer Mitgliederversammlung über die personelle Zusammensetzung der Gremien des Flüchtlingsrates und die Ausrichtung seiner Arbeit mitbestimmen,
- können Sie die Arbeit des Flüchtlingsrates aktiv mitgestalten

**Deshalb rufen wir alle Engagierten der Flüchtlingsarbeit in Baden-Württemberg und alle, die sich für eine menschliche Flüchtlingspolitik stark machen wollen, dazu auf, Mitglied im Flüchtlingsrat Baden-Württemberg zu werden!**